

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandbindungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelte gespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbarung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kallierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 48

Sonnabend, den 28. November 1925

29. Jahrgang

Patrioten!

Vor einigen Wochen ging die Nachricht durch die Tagespresse, daß die Firma Friedrich Krupp in Essen mit dem Ausland in Verhandlungen über den Verkauf unerrichtiger Bergwerksfelder steht. Als Käuferin kam die französisch-lothringische Firma de Wendel in Frage, die sich für die Objekte der Krupp A.-G. interessierte. Die unerrichteten Krupp'schen Kohlenfelder sind im Kreise Mors am Niederrhein gelegen, der ohne Zweifel einer großen industriellen Entwicklung entgegensteht. Mit Recht ist in der Öffentlichkeit gefragt worden, wie die Firma Krupp zu diesem Verkauf komme, der spätere industrielle Interessen Deutschlands stark beeinträchtigen muß. Darüber hinaus ist die Frage aufzuwerfen, wie es überhaupt möglich ist, daß industrielles Gut, das die deutsche Erde bürgt, von einer deutschen Privatfirma ohne weiteres an das Ausland, in diesem Falle also an Frankreich, verkauft werden kann. Zweifellos hat das ganze deutsche Volk Anrecht auf die Schätze des deutschen Bodens und nur durch eine privatkapitalistisch eingestellte Geselzgebung ist es möglich, daß ungeheuer wichtige Wirtschaftsgüter loszulassen für nichts und wieder nichts in privatkapitalistische Hände geraten, durch die sie nun, der Fall Krupp beweist das, entgegen den nationalen Interessen an das Ausland verarmt werden. Selbstverständlich ist hier eine gründliche Aenderung der Geselzgebung notwendig, um ähnliche Fälle, mit denen man nach Lage der Dinge stark rechnen muß, zu verhindern. Wir haben nichts dagegen, wenn die Firma Krupp, getrieben von Geldnot, Substanz abhört, um sich finanziell zu sanieren. Ganz anders erscheint aber diese Sanierung, wenn hier Eigentum verschleudert wird, auf das das ganze Volk ein Anrecht hat, und das für die industrielle Entwicklung unseres Vaterlandes von größter Bedeutung ist oder werden kann.

Wie berechtigt diese Forderung ist, beweist ein anderer Fall, der sich in Schlesien abspielt. Die seit einem Jahrhundert bestehende Bergwerksgesellschaft von Giesches Erben, hinter der besonders der schlesische Adel steht, ist, wie so viele andere Konzerne, in Geldschwierigkeiten geraten. Auch sie will sich durch Abstoßung von Substanz sanieren. Dafür hat sie die wertvollen ober-schlesischen Zinkfelder auszuheben, auf der sich einst die deutsche Zinkindustrie, die eine monopolische Stellung einnahm, aufbaute. Durch die unglückliche Teilung Oberschlesiens ist auch das Bestehen der Bergwerksgesellschaft von Giesches Erben zerfallen worden, und zwar blieb ein beträchtlicher Teil der Zinkfelder mit Deutsch-Oberschlesien bei Deutschland, während der andere Teil an Polen abgetreten werden mußte. Das war ein schmerzlicher Verlust für die deutsche Wirtschaft, denn dieser an Polen abgetretene Teil der Giescheschen Zinkfelder enthält die wichtige und wertvolle Zinkverarbeitung und Zinkverwertung. Damit hatte die deutsche Zinkindustrie einen Schlag erlitten und unsere Wirtschaft steht vor der Aufgabe, hier wieder aufzubauen.

Diesem Plan trat die preussische Bergwerks- und Hütten-gesellschaft (Preußag) näher, und zwar plante sie die Erwerbung der sich in von Giesches Besitz befindlichen deutsch-oberschlesischen Zinkfelder, um ihre Rohstoffbasis, die sich besonders auf das Zinkvorkommen im Harz stützt, abzurunden. Mit der Ausführung dieses Planes war die Entwicklung einer deutschen Zinkindustrie, die uns vom Ausland unabhängig macht, gegeben. Zwischen der Preußag und der Bergwerksgesellschaft von Giesches Erben soll auch nach dieser Richtung hin ein Vorvertrag abgeschlossen worden sein, auf Grund dessen die Preussische Staatsbank (Seehandlung) der Bergwerksgesellschaft von Giesches Erben einen Kredit in Höhe von 18 Millionen zur Verfügung stellte. Zu gleicher Zeit trat aber die Bergwerksgesellschaft von Giesches Erben in Verhandlungen mit dem amerikanischen Harriman-Konzern. Es handelte sich hier um den Verkauf der im polnischen Oberschlesien gelegenen Zinkfelder der Giesches Erben. Auch der Harriman-Konzern stellte der Breslauer Firma einen Kredit in Höhe von 2 Millionen Dollar zur Verfügung. Von den ganzen Verhandlungen hat die Öffentlichkeit nicht allzuviel erfahren, auch die Preußag verhielt sich äußerst zurückhaltend und zurückhaltend. Möglich — ein Blick aus letzterem Himmel — erfuhr die Öffentlichkeit, daß die Gewerkschaftsversammlung von Giesches Erben, in der der schlesische Adel ausschlaggebend ist, den Verkauf des in Polen gelegenen Besitzes genehmigt und die Vereinbarung mit der Preußag abgelehnt hatte. Dabei ist aber von Interesse, zu wissen, daß der Harriman-Konzern an dem Kauf des polnischen Besitzes die Bedingung geknüpft hat, daß in Deutsch-Oberschlesien während einer gewissen Zeit — man spricht von 10, aber auch von 25 Jahren — keine Zinkverarbeitung entwickelt werden dürfte. Die Bergwerksgesellschaft von Giesches Erben hat bisher hartnäckig über diesen Punkt geschwiegen, während aus Kreisen des Harriman-Konzerns zugegeben wurde, daß dem Konzern eine sogenannte Option für die Zeit von 7 Monaten eingeräumt worden sei. Auf jeden Fall besteht die Gefahr, daß deutsches Eigentum verschleudert, und zwar in einer Art und Weise verschleudert wird, die für jede ablehnbare Zeit den Aufbau einer deutschen Zinkindustrie unmöglich macht, während dem amerikanischen Konzern, der heute schon 13 Prozent der ganzen Welt-Zinkproduktion kontrolliert, eine Monopolstellung eingeräumt wird. Die Folgen für die deutsche Wirtschaft dürften nicht ganz erfreulich sein.

Man fragt in aller Welt, was gegen diesen Patriotismus des schlesischen „Industrie-Adels“ zu tun sei? Wie wir schon oben ausgeführt haben, bietet die Geselzgebung kaum eine Möglichkeit, hier einzugreifen, um nationale Interessen zu wahren. Allerdings ist die Preußag aber noch im Besitz des gültigen Vorvertrags. Selbstverständlich erscheint es, daß auf Grund dieses Vorvertrages alle Mittel in Bewegung gesetzt werden, um das laubere Geschäft bei Giesches Erben zu verhindern.

Steinbruchunternehmen — Preisgestaltung — Arbeiterlöhne.

Weite Kreise unserer Kollegen, besonders in der Pflasterstein- und Schotterindustrie, werden zur Zeit stark beunruhigt durch die Absichten der Unternehmer, die da glauben, die von der Reichsregierung angestrebte Preisentkennung durch Lohnabbau unterstützen zu müssen. In welcher Weise dabei vorgegangen wird, ist bereits des öfteren an dieser Stelle beleuchtet worden. Es soll aber auch durchaus kein Hehl daraus gemacht werden, daß es diesen Unternehmern infolge des lazen Verhaltens von Belegschaften gegen unsere Organisation in einigen Fällen schon gelungen ist, Lohn-abbauungen durchzusetzen. Die rücksichtslose Beiseitigung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen war hierbei für die betroffenen Unternehmer selbstverständlich. Willkürliche Entlassungen, Be-

triebseinschränkungen und Stilllegungen mußten ebenfalls dazu herhalten, um unsere Kollegen gefügig zu machen. Bei all diesen Maßnahmen spielen die angeblich „hohen Löhne der Affordarbeiter“, genau so wie bei den Erhöhungen der Verkaufspreise die Hauptrolle. Je nachdem wie es gerade in die jeweiligen Verhältnisse und geschäftlichen Stimmungen hineinpaßt, wird mit diesen Löhnen hantiert, wie ein Ballspieler im Zirkus es mit seinen Bällen beliebt.

Die Möglichkeit der Beschneidung der eigenen Gewinne und rationaleren Gestaltung der Betriebe wird bei diesen Maßnahmen überhaupt nicht in den Kreis der Erwägungen gezogen. Diese Methode hätte allerdings ein Abweichen von der bisherigen Übung bedeutet und hätte vielleicht auch das Konzept der andauernden Klagen über die schlechte Lage der Industrie verdrängt. Diese Klagen, die trotz glänzender Geschäftslage in der Begebaustoffgruppe in diesem Jahre, wo die Aufträge in den Sommermonaten kaum bewältigt werden konnten, in allen Tonarten und bei jeder Gelegenheit vorgebracht werden, kann man aus leicht begreiflichen Gründen nicht so leicht aus der Hand geben, trotzdem in den Kreisen der Arbeitnehmer und der eigenen Arbeiterschaft kein Eindruck mehr damit erzielt wird. Das Gedeihen der Einzelbetriebe sowie auch die von einigen Vertretern dieser Industrie offen ausgesprochene Genugtuung über die jetzigen Verkaufspreise reden eine andere Sprache als die Klage-lieber der in Frage kommenden Steinindustriellen. Nicht wenig dazu beigetragen haben nebenbei auch die Vertreter der übrigen Natursteinindustrie, die bei jeder passenden Gelegenheit die günstige Lage dieser Industrie hervorheben. Es ist weiter längst bekannte Tatsache, daß genau wie bei allen anderen Industrien, auch hier das Bestreben vorhanden ist, das Wort „verdienen“ recht groß zu schreiben. Uns will es sogar scheinen, als übten die großen Inflationsziffern noch immer eine behauernde Anziehungskraft aus; darauf deuten auch die wiederholten Klagen über die Preisgestaltung der Abnehmer der Begebaustoffe hin. Dazu folgende Belege:

Bereits vor einiger Zeit wurde anlässlich einer Provinzial-Landtagung in Hannover festgestellt, daß das im eigenen Steinbruch gewonnene und verarbeitete Material trotz 4 Kilometer weiter Geleisbeförderung bis zum Bahnhof und zirka 10 Prozent höherer Löhne als der umliegenden Pflasterstein- und Schotterbetriebe sich um 100 Prozent billiger ab Bahnhof stellt, als die Verkaufspreise für dieselben Produkte durch das „Syndikat der Steinbruchbesitzer-Neuerdings“ wird in der „Zeitschrift für Selbstverwaltung“ vom 1. 10. 1925, „Organ des Deutschen und des Preussischen Landkreistages“ zu den Verkaufspreisen der Steinbruchprodukte Stellung genommen. Interessant für unsere Verbandsmitglieder, wenn auch nicht unbekannt — ist in diesen Ausführungen, daß die einzelne Straßenbauverwaltung, selbst die größte, machtlos gegen das Diktat der Preis- und Lieferungsbedingungen der Verbände der Hartsteinindustrie war und, daß als Gegenengewicht hierzu auf eine Anregung der Kreisbaumeister Westfalens hin, eine Vereinigung der Abnehmer der Begebaustoffe gegründet wurde, der fast alle Landkreise und kreisfreien Städte Westfalens angehören. Der Zweck der Vereinigung besteht darin, sich selbst an den Werken zu beteiligen, um Einfluss auf die Preisgestaltung zu gewinnen und weiter besondere Preisvereinbarungen mit den übrigen Firmen für ihre Mitglieder zu treffen. In welcher Weise das Vorgehen der Vereinigung von Erfolg begleitet ist, mögen nachstehende, der genannten Zeitschrift entnommene Darlegungen beleuchten:

Die Vereinigung hat durch Verhandlungen mit den bedeutendsten Steinbruchunternehmen des Westfalens es durchgesetzt, daß ihren Mitgliedern Vorzugspreise eingeräumt wurden. Durch festgeschlossenes Vorgehen gelang es, die Preisentkennung der westfälischen Hartsteinindustrie anfangs 1924 zur Auflösung zu bringen und eine erhebliche Preisentkennung herbeizuführen. Es lag uns nichts daran, die nützliche und gesunde Steinindustrie in ihrer Existenzfähigkeit zu gefährden, wie wir wiederholt betont haben, sondern wir wollten nur gegen die verdrängenden Diktate der übertriebenen Preise und der Lieferungsbedingungen vereint ankämpfen, es sollte „die Kirche im Dorfe gelassen werden“. Als weiteres Kampfmittel wurde die Beteiligung an einigen größeren Unternehmungen betrachtet, wobei aber von vornherein der Betrieb in eigener Regie ausgeschlossen sein sollte. Vielmehr wurde nur der gemeinwirtschaftliche Betrieb gewählt, wobei die privaten Nachleute durch erhebliche eigene Beteiligung unbedingt an den Werken interessiert bleiben sollten. Die Vereinigung in fester Verbindung mit der Provinz Westfalen ist jetzt an drei größeren Unternehmungen durch Aktienbesitz beteiligt. In der größten Gesellschaft, an der auch die Rheinprovinz sich durch Übernahme von Aktien beteiligt hat, haben die kommunalen Verwaltungen die Mehrheit im Aufsichtsrat zugestanden erhalten, obwohl sie bei weitem noch nicht die Mehrheit der Aktien haben. In einem anderen Unternehmen mit acht neu ausgebauten Brüchen wird die Vereinigung jetzt die Mehrheit der Aktien und auch diejenige im Aufsichtsrat erhalten. Die Aktien sind von der Provinz Westfalen und von den anderen Mitglieder-Verwaltungen übernommen worden. Durch diese Beteiligung ist uns ein weitgehender Einfluss auf die betreffende Firma gegeben. Diese Firmen gewähren unseren Mitgliedern außerdem auf die vereinbarten Preise noch einen Rabatt von 5 Prozent. Denselben Rabatt gewähren auch noch verschiedene andere Firmen unseren Mitgliedern, mit denen wir besondere Vereinbarungen, jedoch ohne finanzielle Beteiligung, getroffen haben.

Die Vereinigung führt nur Verhandlungen mit den Unternehmern und schließt Vereinbarungen über die Preise ab. Diese Preisvereinbarungen werden unseren Mitgliedern mitgeteilt. Es bleibt denselben sodann ganz überlassen, ihre Bestellungen zu machen, wo sie wollen. Die Bestellungen, Abrechnungen und Zahlungen erfolgen ohne die Geschäftsstelle der Vereinigung unmittelbar zwischen unseren Mitgliedern und den Unternehmern.

Für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni galten folgende Preise für Steinmaterialien für 10 Tonnen ab Erbach:

Basaltkleinschlag	Mt. 48.50
Feinschlag 1/2	30.—
Spalt	23.—
Basaltkleinpflaster	390.—
Großpflaster	435.—
Grauwadelfeinpflaster	370.—
Grauwademittelpflaster	445.—
Grauwadegroßpflaster	415.—

wovon noch 5 Prozent bei den befreundeten Firmen abgehen.

Es wird jetzt energisch angestrebt und ist in diesem Sinne an die Firmen von der Geschäftsstelle geschrieben worden, eine Senkung der Preise, besonders für Pflaster, vorzunehmen. Es liegen hier bereits Preisangebote vor von 42 Mark für Kleinschlag und 325 Mark für Kleinpflaster.

Die Preissteigerungen der Steinindustrie betragen gegenüber der Vorkriegszeit für die westfälischen kommunalen Verbraucher unter Berücksichtigung des jetzigen Rabatts von 5 Prozent für 10 Tonnen ab Erbach:

für Kleinschlag	53 Prozent
für Kleinpflaster	196 Prozent
für Großpflaster	159 Prozent

Demgegenüber beträgt die Preissteigerung für Leinen und Tuchstoffe 80—130 Proz. (Rohstoffe vom Ausland) für Stückholz 42 Proz. für Kuchholz 47 Proz. für Grauguß, Fertigguß 28 Proz. für Stabeisen 22 Proz. für Walzdraht 19 Proz. für Mittelbleche 28 Proz. für Ambrosfabrikation 90—100 Proz.

Hieraus geht unzweifelhaft hervor, daß die Preise für Pflastersteine selbst für die begünstigten kommunalen Abnehmer Westfalens noch viel zu hoch sind und eine Senkung unbedingt herbeigeführt werden muß. Wenn die Steinindustriellen sich auf die besonders hohen Löhne berufen, welche zum Teil das Dreifache des Friedenslohnes sein sollen, so ist dem entgegenzuhalten, daß sie selbst die Schuld zum Teil daran tragen, indem sie sich die Arbeiter oft einander abjagten. Die westfälische Schwerindustrie hat sich wiederholt bitter darüber beklagt, daß die Steinindustrie übertrieben hohe Löhne zahle und die Schwerindustrie, welche dazu nicht in der Lage sei, dadurch schwer schädige.

Ueber die Gestaltung der Verkaufspreise können wir uns nach vorstehenden Feststellungen jeden Kommentars enthalten, zumal die angeführten Zahlen für sich selbst sprechen. Unsere Verbandsmitglieder sind in der Lage nunmehr klar zu sehen. Widersprechen müssen wir jedoch, daß im Westen die höchsten Löhne bezahlt werden. In der Steinindustrie wenigstens nicht! Das kann jederzeit bewiesen werden! Ganz energisch müssen wir aber dagegen protestieren, daß die Abnehmer der Straßen- und Begebaustoffe von den Unternehmern mit unwareren Angaben über die wirkliche Lohnhöhe getäuscht werden und die Schuld an den hohen Verkaufspreisen dadurch einfach auf die Steinarbeiter abgewälzt wird.

Im Westermalsgebiet wurden vor dem Kriege den Facharbeitern Stundenlöhne von 45—60 Pfg. und den Hilfsarbeitern solche von 35—50 Pfg. bezahlt. Diesen stehen heute Stundenlöhne für volljährige Facharbeiter von 70—75 Pfg. und von 60—65 Pfg. für Hilfsarbeiter gegenüber. Die Steigerung der Stundenlöhne beträgt demnach gegenüber den Friedenslöhnen durchschnittlich 50 bis 55 Prozent. Bei den Affordlöhnen kommt diese Steigerung längst nicht in Betracht. Es ist daher mehr wie unverantwortlich — um kein schärferes Wort zu wählen — den Abnehmern mit Lohnsteigerungen aufzuwarten, die tatsächlich nicht vorhanden sind. Wenn aber trotzdem in einigen Fällen Affordlöhne in der angegebenen prozentualen Steigerung erzielt wurden, so liegt das daran, weil in erster Linie die Arbeitsleistung der Affordarbeiter gewaltig gesteigert wurde, ferner, daß infolge des übergroßen Bedarfs weniger Wert auf Qualitätsarbeit gelegt wurde und entgegen den klaren tariflichen Bestimmungen eine Anzahl Kollegen freiwillig und durch gelinden Zwang täglich 10—12 Stunden und noch länger arbeiteten, was natürlich nicht ohne Einfluss auf den Wochenverdienst bleiben kann. Diese geleistete Mehrarbeit ist bei den Wochenverdienst „dreifachen Friedenslöhne“ sicherlich nicht betont worden, weil sie nicht zugunsten der Unternehmer Verwendung finden konnte. Abzüglich verhältnismäßig wird natürlich auch, daß durch diesen Raubbau der Arbeitskraft der Unternehmer ja auch eine größere Menge an fertigen Steinmaterialien bekommen hat im Vergleich zu jener der Friedensproduktion. Für die Kurzfristigkeit, die unsere Kollegen durch die überlange Arbeitszeit bewiesen haben, wird der Unternehmer dankbar also in doppelter Beziehung auf glänzende Weise ausgesprochen! Die Lehre vom Lohnabbau wird aber auch in Zukunft die betreffenden Steinarbeiter eines besseren belehren, damit die durch Hintanhaltung der Gesundheit erreichten Löhne nicht wieder in bewusster Weise doppelseitig gegen die Interessen der Steinarbeiter benutzt werden können.

Das Vorgehen der verschiedenen Unternehmer beweist aber auch, daß die jedes Jahr um diese Zeit wiederkehrende Verminderung der Auftragsgänge, dem sich für dieses Jahr noch das energische Drängen der Abnehmer auf Senkung der Verkaufspreise beigefügt, nach Ansicht dieser Unternehmer nicht zur Kürzung der bisherigen Gewinne führen darf. Deshalb nun der durch nichts zu begründende vorhabende Lohnabbau. Das Leitmotiv der meisten Unternehmerhandlungen „erst kommt die“, kommt damit in unerschütterlicher Form zum Ausdruck. Das Vorgehen zeigt aber auch, daß gewisse Steinbruchunternehmen die Preisabbauaktion der Reichsregierung, die sich in erster Linie gegen die Uebergewinne der Produzenten und Händler und gegen überflüssige Spesen wenden — wollte, in entgegengekehrter Weise zur Anwendung bringen. Die Geschäftslage und die Wintermonate sind für die Abwehr der Steinarbeiter nicht günstig. Von dieser alten Übung können sich die geschäftstüchtigen Unternehmer anscheinend nicht lösen.

Nach unserer Ansicht vertragen die veröffentlichten Preise, die nach den Angaben der Vereinigung die niedrigsten in Deutschland sind, sehr wohl eine Kürzung, ohne daß eine Senkung der an und für sich unzulänglichen Löhne in der Steinindustrie, die teilweise unter dem Stand der Löhne anderer Erwerbsgruppen stehen, überhaupt nur in Aussicht genommen wird. Auch die deutsche Steinbruchindustrie in der Begebaustoffgruppe wird sich im Gesamtinteresse und in ihrem eigenen in weiterer Sicht dazu aufschwingen müssen, ihre Kalkulationsfaktoren und Betriebseinrichtungen einer genaueren Prüfung zu unterziehen, wenn sie letzten Endes in dem einseitigen Kampf um die neuzeitlichen Straßenbaumittel nicht ins Hintertreffen geraten und so die eigene Existenz untergraben will. Die Steinarbeiter aber werden außerdem das Vorgehen dieser Unternehmungen ganz besonders im Gedächtnis behalten und daraus die notwendigen Folgerungen für sich und ihren Verband ziehen müssen.

Wirtschaftsführung und Gewerkschaften.

Die kapitalistische Wirtschaftsform hat eine lange Entwicklung hinter sich, deren Anfänge — wenn man bis zu den Zeiten des Frühkapitalismus zurückgeht — Jahrhunderte zurückliegen. In dieser langen Zeit hat der Kapitalismus und mit ihm die Wirtschaft manche Wandlungen erfahren. Zu keiner Zeit vollzog sich die kapitalistische Entwicklung in ungehörter, stets gradlinig verlaufender Weise. Dem Aufstieg folgte in der Regel ein Abstieg, heftige Erschütterungen des Wirtschaftslebens, sich oft jahrelang hinziehende Wirtschaftskrisen waren mit der wirtschaftlichen Entwicklung untrennbar verbunden. In der gleichen Weise entwickelte sich die deutsche Wirtschaft. Sie stieg aufwärts, blieb aber ebensoviele von Krisen verschont, wie die kapitalistischen Wirtschaften anderer Länder, und geschäftliche Zusammenbrüche, Arbeitslosigkeit sowie Auswanderung waren in Deutschland keine unbekannteren Erscheinungen. Daß in dem letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg die deutsche Wirtschaft von schweren Krisen verschont blieb, liegt in den Verhältnissen begründet. Nur unter zunehmenden Schwierigkeiten und nicht ohne Anwendung teilweise recht zweifelhafter Mittel gelang es, der deutschen Industrie neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkt zu eröffnen. Außerdem sorgte das bekannte Weltkrisen — bei dem Deutschland an vorderster Stelle stand — für die Belebung der Wirtschaft, wenn auch auf Kosten der Steuerzahler und der allgemeinen politischen Sicherheit.

Der Kapitalismus und seine sogenannten Wirtschaftsführer waren also schon vor dem Kriege, als noch normale wirtschaftliche Verhältnisse bestanden, nicht in der Lage, Wirtschaftskrisen zu verhindern. Man stand diesen Katastrophen machtlos gegenüber. Um so unverkämter und widerwärtiger ist die Heuchelei auf kapitalistischer Seite, wie sie in den Angriffen gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wegen angeblicher Unfähigkeit zur Wirtschaftsführung in der Nachkriegszeit zum Ausdruck kam und gelegentlich auch jetzt noch bemerkbar wird. In Bedröhung und Entstellung von Tatsachen sind die Verfechter des Kapitalismus nicht zu überbieten. Der Zweck heiligt auch hier stets die angewendeten Mittel. Er wurde erreicht, die Mitwirkung der Arbeiterkraft an der Wirtschaftsführung ausgeschaltet, diese durch die Tätigkeit der angeblich prominentesten bürgerlichen Wirtschaftsführer ersetzt. Von grundlegenden Veränderungen und einer wesentlich anders eingestellten Wirtschaftsführung war jedoch nichts zu bemerken. Was von den neuen Männern auf politischem Gebiete geschah, bewegte sich ausschließlich in der gleichen Richtung, die unter der Mitwirkung der Arbeitervertreter festgelegt wurde, nur mit weniger Konsequenz und nicht ohne Umwege. Aber auch ihre wirtschaftlichen Maßnahmen zeigen in ihren Grundzügen wenig Abweichungen von dieser Route. Nur in der Zoll- und Steuerpolitik liegen solche vor, wodurch die bestehenden Schichten begünstigt, die arbeitenden Massen benachteiligt werden. Deshalb hat auch der durch die Wahlen der letzten Jahre herbeigeführte Regierungswechsel eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht veranlaßt. Wie die gegenwärtige Krise zeigt, schreitet die Wiederherstellung der Wirtschaft nur langsam fort und werden voraussichtlich noch Jahre vergehen, ehe von ihrer völligen Gesundung gesprochen werden kann.

Die bürgerlichen Wirtschaftsführer haben sich also trotz aller ihnen im voraus gependeten Vorhersagen der gestellten Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, die gegebenen Versprechungen nicht erfüllt. Dabei konnten sie unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen tätig sein, wie die Vertreter der Arbeiter. Insbesondere unterlagen sie nicht dem schweren Druck von innen und außen, waren sie in ihrer Entscheidungsfreiheit wesentlich weniger beeinträchtigt, wie ihre Vorgänger in den ersten Jahren nach dem Kriege. Das schlagendste Beispiel einer bürgerlichen Staats- und Wirtschaftsführung gab bekanntlich das Kabinett Cuno, dem das deutsche Volk die Ruhrbesetzung und den Währungsunfall zum Dank hat. Es ist von keinem seiner Nachfolger übertroffen worden. Wirtschaftsführer haben wir aber unter ihnen nicht kennengelernt. Das ist nur zu begreiflich, weil es in der kapitalistischen Wirtschaft aller gegenseitigen Behauptungen ungeachtet eigenliche Wirtschaftsführer gar nicht gibt. In Personen wie Cuno und anderen seinesgleichen glaubte man noch vor kurzem Wirtschaftsführer von überragender Größe vor sich zu haben. Sie entpuppten sich jedoch als ganz gewöhnliche Kaffee, die wie andere mit ihnen strupellos den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu ihrer eigenen Bereicherung ausnützten, ohne danach zu fragen, ob sie damit Tausende ihrer Mitmenschen zugrunde richteten.

Sehr mit Recht wurde auf dem Gewerkschaftskongress die Frage aufgeworfen, ob in Deutschland eine Wirtschaftsführung bestehe. Professor Dr. Hermsberg glaubte diese Frage verneinen zu müssen, und man kann ihm beipflichten. Viele Führerlosigkeit beschränkte sich übrigens nicht nur auf die deutsche Wirtschaft, sondern ist dem kapitalistischen System allgemein eigen. Was sich als Wirtschaftsführung präsentiert, ist nur der Ausdruck der zusammengefaßten organisierten und bewußt geleiteten Vertretung bestimmter Interessengruppen. Die Wirtschaft bilden für den Kapitalismus nur die kapitalistischen Unternehmer; alle anderen Wirtschaftsmitglieder gelten nichts, sind von einer Mitwirkung und Teilnahme an der Führung ausgeschlossen. Das gilt besonders für die Arbeiter, deren wirtschaftliche Gleichberechtigung zwar verfassungsmäßig anerkannt

ist, praktisch aber noch keine befriedigende Verwirklichung gefunden hat. Die sich aus dieser Ausschließung wichtiger Volkskräfte ergebende Wirtschaftspolitik zeigt deshalb den Charakter einseitiger Interessenpolitik, die Bereicherung der agrarischen, kommerziellen und industriellen Gruppen auf Kosten der arbeitenden Schichten. Mit diesen Zuständen dürfen sich die Arbeiter nicht zufriedengeben. Das bewußte Unternehmertum ist den Anforderungen, die sich aus der dem Kriege folgenden weltwirtschaftlichen Umwälzung ergeben, nicht gewachsen. In Verkennung der wirtschaftlichen Lage zeigt es nur das Bestreben, durch Schutzzölle, Kartelle und Konzerne seine Monopolstellung zur Erzielung hoher Preise auf dem Weltmarkt aufrechtzuerhalten, sowie durch Verlängerung der Arbeitszeit und Herabdrückung der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer die anderen Nationen auf dem Weltmarkt zu unterbieten. Durch derartige Mittel ist die Wirtschaft nicht in Ordnung zu bringen, sind keine befriedigenden Lebensbedingungen für die arbeitenden Schichten zu erreichen. Der einseitigen Beeinflussung der Wirtschaft durch das Unternehmertum muß deshalb ein Ende gemacht werden, indem die Arbeiter für die Gewerkschaften die volle Gleichberechtigung mit den Unternehmern und ihre Beteiligung an dem Wirtschaftsausbau wie auch an der Wirtschaftsführung im Sinne des Art. 165 der Reichsverfassung fordern. Nicht minder gehört dazu die Errichtung paritätischer Wirtschaftskammern für Industrie, Handel, Verkehr, Handwerk und Landwirtschaft, als auch die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte. Der Gewerkschaftskongress hat diese Forderungen im Zusammenhang mit anderen gleichartigen einmütig zu den seinigen gemacht. Aufgabe der Arbeiterkraft muß es sein, diese Forderungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit allem Nachdruck zu vertreten und auf ihre Durchführung hinzuwirken.

Internationales Steinarbeitersekretariat.

Fortsetzung des Berichtes pro 3. Quartal 1925.

Belgien. Im Laufe des 3. Quartals hat sich die Indexziffer wieder erhöht, und zwar von 505 auf 509 im Juli, 517 im August und 525 im September. Weitere Erhöhungen sind nicht ausgeschlossen.

Die Krise in der Kalk- und Zementbranche Tournaiss ist noch bestehend. Trotzdem war es möglich, verheerende Lohnbewegungen günstig abzuschließen, meistens dadurch, daß überschüssige Arbeitskraft in anderen Berufen Beschäftigung fand.

Die Pflasterindustrie (Korphyre und Harlandstein) weist gute Konjunktur auf. Die Unternehmer wollten dies zwar in Abrede stellen und larmten von Überproduktion, jedoch nur, weil sie beabsichtigten, eine 10prozentige Lohnreduktion durchzuführen. Andere Organisation leistete den äußersten Widerstand gegen diese Taktik und gelang es durch einige Unterhandlungen, ohne Arbeitsniederlegung, eine Abmähung zu erzielen, wonach die Löhne bis Ende Januar 1926 unverändert bleiben. Dieses Resultat wird als Erfolg allgemein gefeiert.

In der Harlandsteinbranche wurden Lohnerhöhungen von 5 Prozent durchgezogen und gemäß Indexsteigerungen weitere entsprechende Erhöhungen festgelegt.

In der Granitindustrie besteht normaler Geschäftsgang. Auch die Unternehmer von Soignies haben den anderwärts abgeschlossenen Arbeitsvertrag unterzeichnet.

In der Provinz Namur wurde von 30 Mann 8 Wochen lang gestreikt. Grund lag in Maßregelungen. Der Streik wurde aber doch mit Erfolg durchgeführt. In dieser Provinz verfügen wir über die besten gewerkschaftlichen Organisationen.

Unser Verbandsvorstand hatte eine Delegation an das Arbeitsministerium gelandt bezüglich Herausgabe größeren Quantums staatlicher Steinhauerarbeiten in der Zukunft.

Am 19. Juli tagte unser Verbandstag in Brüssel. Kolb und Siebold waren leider verhindert demselben beizuwohnen. Es waren etwa 100 Delegierte anwesend. Einstimmig wurden alle Berichte angenommen. Die Frage der Abhaltung der Kongresse alle zwei Jahre statt jährlich wurde an die Sektionen verwiesen. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, ein neues Reglement der Arbeitslosenliste auszuarbeiten. Der Verbandstag beschloß neuerdings strikte Durchführung des Achtstundentages und dürfen nur im Falle von außerordentlichen Gefahren Abweichungen gestattet werden.

In Sachen Berufsanerkennung der Steinarbeiter wurde den Beschlüssen von Lugano zugestimmt. Den freiziehenden Metallarbeitern wurde eine Unterfertigung von 25 000 Franc zugesprochen. Eine Sammlung innerhalb dem Verbands hatte bereits über 180 000 Franc ergeben. Der Kongress erklärte sich ebenfalls einig mit dem nationalen Gewerkschaftsbund und dessen projektiertem Kampffonds, welcher im Kampfe der Verbände gegen die Unternehmer in Anwendung kommen soll. Sodann wurde beschlossen, in allen Forderungseingaben bezahlte Ferien für alle Berufsarbeiter zu verlangen.

Am 26. Juli fand dann der nationale Gewerkschaftskongress statt, der nach reichlicher Diskussion die Frage der Schaffung eines Kampffonds und deren statutarischen Bestimmungen an den nächsten Kongress 1926 wies. Am 15. August feierte die belgische Arbeiterkraft ihr 40jähriges Jubiläum des Bestehens der Organisationen und fand bei diesem Anlaß ein großes Defilé in Brüssel statt.

Steinbrüche (Prag). Zu den im zweiten Quartal gemeldeten Lohnbewegungen, die nur teilweise ins dritte Quartal hinübergangen, kamen noch einige weitere dazu. Im letzten Halbjahr waren insgesamt 19 Lohnbewegungen in 70 Betrieben mit 1500 Steinarbeitern. In 5 Fällen kam es zum Streik. Der größte Kampf war im Steinbrüchegebiet von Spilno, wo gemeinsam mit den Bauarbeitern 19 Wochen gestreikt werden mußte. Dieser Kampf endigte mit Erfolg und erheblichen verhältnismäßig großen Kosten, fast 40 000 Kronen. Auch im Pflastersteingebiet bei Strisch führten 3 Ortsgruppen mit 300 Mitgliedern einen längeren Kampf für einen Lohnertrag. Es kam dann ein einseitiger Vertrag für alle diese Betriebe zustande. Vereinstant oder verlängert wurden 13 Verträge. In 8 Fällen wurde eine einmalige Feuererhöhung erzielt, in 13 Fällen eine Lohnerhöhung von 5—14 Prozent. Zwei Streikfälle sind noch unerledigt.

Im zweiten Quartal trat das Genter System der Arbeitslosenunterstützung in Kraft. Nach dieser zählt der Staat zu der Verbandsarbeitslosenunterstützung 150 Prozent Zuschuß bis Ende 1925, und zwar für Ledige mit 5jähriger und Verheiratete mit einjähriger Mitgliedschaft nur einen Zuschuß von 100 Prozent. Diese Unterfertigung wurde bisher in kleinem Maße benutzt, da die Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten eine minimale ist. In sechsmonatiger Praxis seit Bestehen des Gesetzes wurden vom Staat 4011,46 Kronen ausgezahlt. Wohl ist zu erwarten, daß im Herbst die allgemeine Arbeitslosigkeit eine größere sein dürfte, jedoch sind die Konjunkturaussichten für Bau- und Pflasterbranche gute zu nennen. Eine große Reihe Bauten sind vorgesehen, bei denen Granit verwendet werden soll, aber auch Kalkstein, Travertin aus der Slowakei soll in Anwendung kommen. Wenn die Organisationszerpflüchtung in unserem Berufe nicht wäre, könnten jetzt ansehnliche Erfolge erzielt werden, aber die Steinarbeiter sind heute in 6 verschiedenen Organisationen zerstückelt und ter gegenwärtige Streik des Bauarbeitersverbandes mit der Moskauer Führung wird die 7. Organisation schaffen. Dies zeigt in der Arbeiterschaft großes Mißtrauen und unheilvolle Brüderkampf, vermehrt den Indifferenzismus und erschwert die Agitation. Aber in vielen Fällen lehrt die enttäuschte Arbeiterkraft in unseren Verband zurück.

Dänemark. Die Arbeitsverhältnisse sind zur Zeit ungünstig. Der Verband zählt 787 Mitglieder, wovon zur Zeit 20 Prozent arbeitslos sind. Die Aussichten auf Erwerbsmöglichkeit sind keine günstigen. Speziell trifft dies bei den für Bauarbeiten beschäftigten Kollegen zu. Die Ursachen dieser Arbeitslosigkeit sind auf die schlechten Verhältnisse zurückzuführen. Die Arbeitslosen erhalten eine tägliche Unterfertigung von 3,50 Kronen für die Dauer von 125 Tagen vom Verband ausbezahlt, was allerdings wieder mit großen Opfern der erwerbsfähigen Mitglieder bei Speisung der Arbeitslosenklasse verbunden ist.

Wenn auch der letzte Lohnkampf ein äußerst zäher war, so ist die Organisation auf der alten Höhe erhalten geblieben und weist keine Lücken oder Scharten auf. Wohl hat dieser Kampf die Rasse ganz geleert, wurden doch über 71 000 Kronen an die Mitglieder ausgezahlt. Unsere Unternehmer sind nunmehr gewarnt, sie werden in Zukunft mehr den Weg der Verständigung suchen.

Kob. Kolb, Zürich, Harbaustr. 11.

Interessante Vergleiche.

In dem im Zentralblatt des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) erschienenen Bericht der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1924 wird der von diesen Gewerkschaften erlittene Mitgliederverlust abzumildern versucht durch den Hinweis, daß dieser nur „über“ 20 Prozent ausmacht, während der Mitgliederverlust der freien Gewerkschaften im gleichen Jahre 30 Prozent beträgt. Während letzterer genau angegeben ist, beläuft sich der Verlust der christlichen Gewerkschaften auf 24 Prozent, was allerdings der Wahrheit entsprechend über 20 Prozent sind. (Die Durchschnitts-Mitgliederzahl im Jahre 1924 betrug in den freien Gewerkschaften insgesamt 4 500 000; in den christlichen Gewerkschaften insgesamt 613 000.)

Ganz besonders interessieren uns in dem Bericht des DGB die Angaben über den christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband, dem der christliche Berufsverband Deutscher Steinarbeiter als eine unter mehreren Sektionen angeschlossen ist. Die Mitgliederzahl dieses Gesamtverbandes sank im Jahresdurchschnitt von 1923 zu 1924 von 118 041 auf 49 620, also um 57 Prozent. Leider ist uns nicht bekannt, wieviel von den Verbliebenen auf die Steinarbeiter entfallen, denn zu dem christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband gehören neben den Steinarbeitern auch noch die Glasarbeiter, die Porzellanarbeiter, die Ziegeleiarbeiter und die Kraftfahrer.

Die Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands ist in der gleichen Zeit nur um 22 Prozent gesunken, nämlich von 56 642 auf 43 823. Am Ende des 2. Quartals dieses Jahres war dieser Verlust aber nicht nur wieder eingeholt, sondern mit einem Mitgliederbestand von 58 073 weit überhritten. Von der im 3. Quartal 1922 bestandenen Höchstmitgliedszahl von

Geologisch-Wirtschaftliches aus dem 5. Gau und angrenzenden Gebieten.

Von A. Bernhardt, Dortmund.

In Folgendem wollen wir uns den Aufbau der Erdkruste und die Gesteine im Bereiche des 5. Gau (Vorort Köln) und im angrenzenden Gebiet (Gau 9) etwas näher ansehen und über die Bildung der Gesteine sowie Verwendbarkeit sprechen.

In geologischer Hinsicht ist der Bezirk einer der abwechslungsreichsten Gaubezirke Deutschlands. Fehlen in ihm auch die in anderen Gebieten vorhandenen großen Werksteingebiete der Granite und Sandsteine, so sind die beruflichen und berufsverwandten Beschäftigungsmöglichkeiten im Gesteinsvorkommen des Gaubezirkes äußerst vielfältig. Die Bildung der Gesteine im genannten Gebiet gliedern sich von Süd nach Nord wie folgt:

In s. A. l. t. e. r. i. u. m der Erdbildungsperioden gehört das ganze mitteldeutsche Schiefergebirge, Taunus, Westerwald, Eifel, das Rothhaargebirge, Sauerland und Bergische Land. Ebenso gehört das Astenium, der Karbon- oder Steinkohlenformation an. Es ist nördlich der Ruhr im sogenannten „Münsterischen Becken“, von den Ablagerungen der Kreidemeere überdeckt. In der Eifel finden sich lokale Ablagerungen der Trias, den Buntsandsteinen, am Niederrhein Ablagerungen des Diluvium. Das Gesteinsmaterial des Mitteldeutschen Schiefergebirges besteht in seinem Hauptaufbau aus Grauwade und Grauwadeschiefer. Gleichzeitig mit der Bildung (Ablagerung) der Grauwade und des Grauwadeschiefers sind die Kalksteine aufgebaut worden, die zu beiden Seiten der Ruhr, in der Eifel, dem Sauerlande und im Bergischen Lande in großen Steinbruchanlagen gewonnen werden.

Betrachten wir uns zunächst das Grauwadegestein, so finden wir, daß die Zusammensetzung eine sehr ungleichmäßige ist. Es besteht aus einem ungleichmäßig verarbeiteten Gesteinszerreißel mit nicht selten teilweise sehr schönen Einschlüssen von Petrefakten (Tierresten). So gibt es in der Siegen-Bekhorfer Gegend Grauwadeschiefer, in denen die sogenannten „Schraubensteine“, d. h. die Schichtflächen der Steine sind besät mit schraubenähnlichen Hohlräumen, Stielgliedern von Crinoiden (Seeilpen) und Muscheln, sowie Krebsähnlichen Tieren (Trilobiten). An Sumpfpflanzen finden sich häufig Bruchstücke, sog. „Pflanzenhäkel“, die uns beweisen, daß sie nicht an Ort und Stelle gewachsen sind, sondern von einem nicht allzu fernem Kontinent angeschwemmt wurden. Verwendung findet die Grauwade in den ländlichen Gebieten als Bausteine für Häuser-Fundamente, Brücken und Durchlässe. Für den Wohnungsbau ist Grauwade ohne Hintermauerung unpraktisch, da sie stark temperiert, wodurch die Wohnungen stets feucht sind. Als Straßenbaumaterial ist die Grauwade sehr geschätzt. So besonders die im Gummertsbacher, Siegen-Bekhorfer und Renscheider Gebiet. Dort wird das Gestein in großen Bruchanlagen mit allen

technischen Hilfsmitteln gewonnen und verarbeitet. Als Straßenpflaster scheint die Grauwade in den letzten Jahren, insbesondere aus den großen Industriegebieten, wo an die Beschaffenheit der Straßenbefestigung immer größere Anforderungen durch den Autoverkehr gestellt werden, durch Granit verdrängt zu werden! Die Abfälle von Grauwade geben einen vorzüglichen Schotter für die Straßen- und Bahngleis-Schotterung.

Bei den Kalksteinen haben wir es mit einem „organischen“ Gesteinsmaterial zu tun. Hier haben die kleinsten Lebewesen, die Korallenentierchen, den größten Anteil an dem Aufbau, sie haften in dem Devonmeere Korallenriffe und Inseln. An den Rändern der Riffe und Inseln siedelten sich eine Menge Schalentierchen an, die wir in dem Kalkstein eingeschlossen finden. Die Kalksteine von der Lahn, bei Wilmar, Aumenau, Schuppach, Waldmünster, die der Eifel, in Weßfalen, von Brilon, Alme, Attendorn und viele andere finden in den Marmorwerkstätten Verwendung als Dekorationsgestein. Die größeren Mengen dienen jedoch zur Herstellung von Kalk und in den Hüttenwerken als Beigabe der Eisengewinnung in den Hochofen. Auch als Düngemittel findet der Kalk in der Landwirtschaft Verwendung. Als nächst jüngere Schichten finden wir die Gesteine des Perm, ausgebildet zum Teil in dem südl. Gebiete der mittleren Ruhr. Als Bausteine jedoch kommen hier nur die Schichten der Plattentafe in Betracht, die zum Teil ein gutes Material für Quaderbau liefern.

In dem Gestein der folgenden Formation haben wir es mit einem für die Industrie äußerst wichtigen Vorkommen zu tun, der Karbon- oder Steinkohlenformation. An der Ruhr stoßen die ältesten, d. h. die untersten Stufen dieser gewaltigen Ablagerung von zirka 5000 Meter Mächtigkeit zutage. Teilweise zu beiden Seiten des Flusses das unproduktive, d. h. das „flözleere“, Karbon. Darauf folgend das produktive Steinkohlenebengebirge. Ueber die Entstehung der Steinkohle in diesem Rahmen zu reden, würde zu weit führen und wollen wir uns das anstehende Gestein näher ansehen. Entstanden (abgelagert) ist das Material in strömenden Wässern. Die Schichten zeigen nicht selten ein „Ausleiten“, die von Gegenströmungen herrühren. Die Bänke sind in ihrem aufbauenden Material verschieden, vom groben Konglomerat bis zum tonig-schieferigen Gestein. In den vielen Steinbrüchen des Ruhrgebietes wird ein grauer bis gelblicher Stein gewonnen, der eine vielseitige Verwendung findet. So im Straßen-, Brücken- und Fassadenbau, Abdeckungen und dergl. mehr, weniger als Grabmal. Beim Bau der älteren Kirchen in der Ruhrgegend ist nur Ruhrkohlen-sandstein verwendet worden.

Heilanstaltskuren im Winter.

Die Lungentuberkulose, der ärgste Feind der arbeitenden Bevölkerung, hat, begünstigt durch die schon jahrelangen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, eine Ausbreitung gefunden, die zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gibt. Die Zahl nicht nur der erkrankten Erwachsenen, sondern auch der Kinder steigt ständig. Die Ueber-

füllung der Heilstätten, die in den Sommermonaten im Regelfalle eine Verödung der Kuren zur Folge hat, trägt auch nicht dazu bei, das Uebel auf ein erträgliches Maß einzuschränken. Der Schaben, der dadurch wieder verursacht wird, bringt somit eine weitere Verschlechterung des Gesundheitszustandes mit sich, da dadurch auch Angehörige, die mit den Kranken zusammenleben, angesteckt werden können. Es ist nun beobachtet worden, daß im allgemeinen eine Abmiegung besteht, Heilanstaltskuren im Winter vorzunehmen, da viele Kranke der Ansicht sind, daß durch die einsetzende Kälte ein ausreichender Erfolg nicht gesichert werden kann. Diese Ansicht ist vollkommen irrig. Gerade im Winter ist die Möglichkeit einer Heilung sehr aussichtsreich, da dann, wie auch von ärztlicher Seite bestätigt wird, die Heilfaktoren bedeutend größer sind. Das beweist ja auch die Tatsache, daß im Schweizer Hochgebirge mit den Winterturen ausgezeichnete Erfolge erzielt worden sind. Dasselbe ist aber auch bei uns möglich, da im Winter in unseren Gebirgen dieselben Bedingungen bestehen. Aber auch in der Ebene sind die Einwirkungen nicht anders. Es ist sogar festgestellt worden, daß Fieberkranken, die im Winter Liegekuren im Freien verordnet bekommen haben, viel schneller vom Fieber befreit worden sind, als es im Sommer der Fall ist. Auch die Einwirkungen des Schnees, der wie ein Hohlspiegel die Sonnenstrahlen auffängt und zurückwirft, sind die denkbar günstigsten. Es ist daher den Lungentuberkulose zu empfehlen, wenn sie im Sommer keine Gelegenheit hatten, sich einer Heilanstaltskur zu unterziehen, viele unter allen Umständen im Winter vorzunehmen, da, wie schon oben gesagt, die Erfolge die gleichen wie im Sommer sind, wenn nicht sogar besser.

Die Bauhüttenbewegung für das Arbeiterwohlfahren von allergrößter Bedeutung.

In Nummer 38 des „Magazin der Wirtschaft“ beschäftigt sich der bekannte Schriftsteller und ehemalige Staatssekretär Dr. August Müller in einem Artikel, Selbsthilfe gegen Wohnungsnot“ mit dem Wohnungsproblem im allgemeinen. Der Bauhüttenbewegung zollt Herr Dr. Müller in folgenden Worten hohe Anerkennung: „Auf Seiten der Wohnungskommunisten sind die Selbsthilfebestrebungen schon sehr alt. Die Baugenossenschaften, die hier in Betracht kommen, haben aber neuerdings eine interessante Ergänzung durch die sozialen Bauhütten erfahren. Die sozialen Bauhütten sind von den Gewerkschaften im Baugewerbe errichtet worden und bezwecken den Bau von Wohnungen unter Vermeidung der Form der Produktionsgenossenschaften, die sich als unzuverlässig erwiesen hat. Diese Bauhüttenbewegung ist nicht nur sozial sehr interessant, sie hat auch sehr beachtenswerte technische und wirtschaftliche Leistungen vollbracht. Wenn man sich Baugenossenschaften und soziale Bauhüttenbewegung kombiniert denkt, so entsteht ein soziales Gebilde auf genossenschaftsrechtlicher Grundlage, das für das Arbeiterwohlfahren von der allergrößten Bedeutung werden kann.“ — Es wäre nur zu wünschen, daß die Bauhüttenbewegung immer eine so objektive Würdigung fände, wie dies hier geschehen ist.

62 885 haben wir damit 98 Prozent erreicht, ein Ergebnis, das außer dem Verband der Schweizer, der seinen damaligen Höchststand sogar um 7 Prozent übersteigen konnte, nur von den Lithographen mit 96 Prozent und von den Buchdruckern mit 98 Prozent überschritten wurde.

Der Vergleich der vorjährigen Klassenverhältnisse beider Verbände ergibt folgendes Bild:

	Zentralverband der Steinarbeiter	Christl. Fabrik- und Transportarbeiterverband
Gesamteinnahme	Reichsmark 923 446	Reichsmark 775 596
Gesamtausgabe	884 172	643 418
Berausgabe wurden für Streit- u. Gemäßigtenunterstützung und Rechtschutz	100 843	103 631
Sonstige Unterstützungen	21 760	74 826
Verbandsorgan und Bildungszwecke	22 645	49 249
Haupt-, Gau-, Bezirks- und Zahlstellenverwaltung	150 644	277 264
Agitations- und sonstige Ausgaben	249 382	138 448

Was geht aus der Gegenüberstellung der Klassenverhältnisse her?

1. Daß die christliche Organisation gegen ihren Willen von dem der Arbeiterchaft von den Unternehmern ausgehenden Klassenkampf genau so in Mitleidenschaft gezogen wird, wie die freien Gewerkschaften und daß sie daher ebensowohl Ursache hat für die kommenden Kämpfe zu rüsten wie die freien Verbände.
2. Daß die größere Ausgabe für das sonstige Unterstützungswesen ohne Einfluß auf die Hebung der Lebenshaltung der gesamten Mitgliedschaft ist.
3. Daß für Aufklärungs- und Bildungszwecke bedeutend mehr als bisher getan werden muß, nicht aber für die Propaganda einer innerhalb des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems nicht zu erreichenden Harmonie proletarischer und kapitalistischer Interessen. (Die auch von uns geforderte Arbeitsgemeinschaft hat mit einer solchen Harmonie nichts gemein.)
4. Daß die Verwaltungsausgaben des Zentralverbandes der Steinarbeiter im Vergleich zu denen des christlichen Fabrik- und Transportarbeiter-Verbandes recht niedrig zu bezeichnen sind, was wohl auf einen größeren Beamtenstab des letzteren zurückzuführen ist.
5. Daß der Zentralverband der Steinarbeiter höhere Summen für Agitation aufwenden muß wie der christliche Verband, dem beispielsweise die agitatorische Hilfe ihm wohlgestimmter Geistlicher zuteil wird, die unterem Verbands nach Möglichkeit Abbruch zu tun suchen. Mit welchem Erfolge, das hat die Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen ergeben.

Unermüdbare Agitation muß uns weitere Mitgliederzunahmen bringen.

Aus den Zahlkellen und für die Zahlkellen.

Unser Kassenkampf, Streit (Steingewinnung und -bearbeitung): In Gochunzendorf und Oberpettau (Schlef.) bei der Fa. Thuß. Gesperit. In Hornberg das Granitwerk, es mußten den Kollegen einen 15 prozentigen Lohnabzug zu.

Zugut ist ferngehalten außer den obengenannten Orten, in denen Streik oder Betriebsperre zu vergleichen ist, von Ditsburg (Steinmehlen). Von Südel (Steinarbeiter).

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsort von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlkellennachbar zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserem Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gesellschaftlichen Pflicht kann der Ausschluss aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, die Solidarität auch in den kommenden Wochen, wo infolge des Einflusses der Witterung und der Wirtschaftsdetermination die Arbeitslosigkeit größer wird!

Der Streik in der schlesischen Marmorindustrie hat, wie schon an dieser Stelle berichtet wurde, verschiedene Vorläufer gezeitigt. Die sogenannte „Ordnung“ arbeitet Hand in Hand, um die kümmerliche Entlohnung von den Streikenden nicht abzuwenden zu lassen. Das war schon früher so, und alle die Ordnungshüter, einerlei wo sie stehen, möchten die Maßnahmen der Unternehmermacht noch verschärfen. Die Arbeiter haben nur die einzige Waffe: Enthaltung der Arbeitskraft! Dieses erfordert aber Entbehrungen und Opfer. Darauf pochen die andern, die immer in der Laube sitzen und den Arbeitern vorrechnen, daß mit dem bisherigen Lohn auszukommen ist. Diese Schelme übersehen gänzlich, daß nicht jeder, der wirklich arbeitet, sich auch lassen, kleiden und entsprechend wohnen kann. Arbeit allein schafft das nicht, nur lohnende Arbeit! Alle jene, die aus Dummheit oder Bosheit helfen, daß die kapitalistische Unternehmermacht triumphiert über die mit Bettelspfennigen als Lohn abgepeinigten Arbeiter und Arbeiterinnen in der schlesischen Marmorindustrie, müssen sich vor sich selbst verrecken aus Scham über ihr Verhalten. Die Steinarbeiter in den übrigen Gebieten Deutschlands verfolgen diesen Kampf, den die große persönliche Not der Marmorarbeiter dort veranlaßt hat, mit Aufmerksamkeit.

An der Nr. 44 vom 31. Oktober wurde eine Schilderung von den Maßnahmen der Ordnungshüter gegeben; auch der dortige Gemeindevorsteher wurde in diesen Kreisen einbezogen mit folgenden Worten:

„So versucht der Gemeindevorsteher von Groß-Rungenbors, der Firma Arbeitslose zugewiesen, mit der Anführung, daß bei eventueller Weigerung keinerlei Gewerkslosenunterstützung bezahlt würde.“

Wie uns von dem Gemeindevorsteher berichtend mitgeteilt wird, sei das „eine durch nichts begründete niederträchtige Erfindung, die jeder Grundlage entbehrt“. Wir bringen das unsern Lesern zur Kenntnis. Die besprochene Maßnahme des Gemeindevorstehers würde ja auch gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen. Im übrigen werden sich die Streikenden wohl noch zur Sache äußern.

Steinleger und Pflasterer.

Leipzig. Vierzig Jahre Steinlegerorganisation. Am 14. November beging die Zahlstelle Leipzig II (Steinleger) unter reger Beteiligung der Kollegen und ihrer Angehörigen die Fester der 40. Wiederkehr des Gründungstages der örtlichen Organisation. Von zahlreichen Fachgruppen und vom Hauptvorstand des Verbandes waren Glückwünsche anlässlich dieses Tages eingegangen. Anknüpfend an die von dem früheren Vorsitzenden des vorjährigen Steinlegerverbandes, Kollegen L. Knoll-Berlin, gehaltenen Rede, sei aus der Geschichte der Zahlstelle Leipzig nachstehend das folgende wiedergegeben. Im Herbst des Jahres 1855 erfolgte die Gründung des „Fachvereins der Steinleger Leipzigs“. Der Druck des Sozialistengesetzes und die Schikanen der Polizei lasteten von allem Anfang an auf dem jungen Gebilde. Hinzu kam der Druck der Unternehmer, der das wirtschaftliche Dasein der Steinleger recht tief hinführte. Steinlegerlöhne von 22 bis 34 Pfg. waren in den ersten Jahren des Bestehens der Organisation vorhanden. Doch schon im Jahre 1890 wurde ein Lohn von 48 Pfg. mit den Unternehmern vereinbart. Zur gleichen Zeit aber wurde der Fachverein der Leipziger Steinleger umgewandelt in den „Steinlegergewerkschaftsverband von Leipzig“. Der Name Fachverein wirkte auf die Behörden wie rotes Tuch auf bekannte Tiere. Doch auch die namentliche Umwandlung der Organisation erreichte nicht, daß die Statuten von irgend

einer schließlichen Behörde genehmigt wurden. Das alte schließliche Vereinsgesetz, das bekanntlich „Juwel“ sorgte an Stelle des gesagten Sozialistengesetzes auch weiterhin, daß den Arbeiterorganisationen die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Im Jahre 1895 griffen die Leipziger Steinleger zum ersten Male zum Streik. Sie forderten Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden. Es war der erste Kampf, den die Steinleger in ganz Deutschland zur Verkürzung der Arbeitszeit führten. Der Streik ging verloren, doch der Mut der Leipziger Steinleger war ungebrochen. Die kommenden Jahre galten dem Ausbau der Organisation, nachdem man im Jahre 1896 den „Steinlegergewerkschaftsverband“ in den „Verband der Steinleger und Berufsgenossen“ umgewandelt hatte. Seit diesem Jahre daterierte die Hilfsleistung der Hilfsarbeiter in Leipzig. Das Jahr 1900 brachte wiederum einen zwölfwöchigen Lohnkampf, der mit einem Erfolge endete. Es wurden die 9/10stündige Arbeitszeit und ein Stundenlohn von 57 Pfg. festgelegt, außerdem erfolgte die Unterschrift unter den ersten Tarifvertrag. Nach manchem Kampf mußten die Leipziger Kollegen führen. Die Lohnsätze vor dem Kriege bewegten sich zwischen 80 bis 88 Pfg. pro Stunde. Auch nach dem Kriege blieben sie von Kämpfen nicht verschont. Der Lohnkampf im Jahre 1924 endete wiederum mit einem Erfolg für die Arbeiterchaft. Aus der kämpferischen Geschichte der Steinleger von Leipzig ergibt sich die zwingende Lehre, daß nur durch festesten Zusammenschluß in einer starken Organisation die Gewähr zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterchaft gegeben ist. Kollege Knoll zitierte nachstehendes Wort am Schluß seiner Ausführungen, das der erste Vorsitzende des „Fachvereins der Leipziger Steinleger“ in einem Schreiben dem damaligen Verbandsvorsitzenden Knoll im Jahre 1886 zugehen ließ: „Wir aber wollen allezeit treu zusammenhalten, komme, was da wolle.“ Dieser Geist der alte Steinlegergeneration befehle, möge auch der jüngeren Generation in alle Zukunft als Leitmotiv ihres gewerkschaftlichen Handelns dienen. (Die Leipziger Steinleger sprechen den ihr Frage kommenden Zahlstellen für die dargebrachten Glückwünsche zum 40jährigen Stiftungsfest herzlichsten Dank aus.)

Wohlfahrtskommission des Bezirksbezirks Borspommern und Kügen. Auf der am 15. November abgehaltenen Kommissionssitzung beschloß diese, daß die Wohlfahrtsarbeiten dieses Jahr Ende Dezember (Weihnachten) ausgeführt werden. Alle Kollegen, die auf ein solches aufmerksamer: Als Schlusstermin zum Lieben der Wertmarken ist die erste Dezember-Lohnwoche festgesetzt. Alle Karten sind dann von den Filialen oder den Mitgliedern sofort an die Geschäftsstelle oder den Kollegen Leesch in Greifswald einzuliefern. Bis zum 8. Dezember müssen alle Wohlfahrtskarten im Besitz der Kommission sein. Die Karten, die nicht bis zu dieser Zeit eingekandt wurden, werden für das nächste Jahr (1926) gebucht und ausgegibt. Also Kollegen, wolle ihr eure Wohlfahrtsarbeiten für 1925, dann diesen festgesetzten Termin einhalten. Adresse der Geschäftsstelle ist: Siegfried Rehmann, Greifswald, Anklamer Straße 60/61. Kommissionsmitglied der Arbeiterchaft: Max Leesch, Greifswald, Wilhelmstraße 21, I.

Alle Berufskollegen müssen bei ihrem Arbeitgeber die restlose Durchführung der Wohlfahrtsarbeiten verlangen. Wo sich die Arbeitgeber weigern, ist sofort beim Kollegen Leesch Beschwerde zu erheben. Neue Wohlfahrtskarten für das Jahr 1926 werden nur von der Geschäftsstelle ausgestellt, wobei die einzelnen Filialen Stützpunkt, Name des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers angeben müssen. Bei Bestellung von neuen Karten bitten wir, den Filialen, da die Wohlfahrtskarte 15 Pfg. kostet, auch die Gelder mit einzuliefern. Sind noch Filialen im Besitz von neuen ungeklebten Wohlfahrtskarten, können diese der Geschäftsstelle überwiesen werden, die bei der Ausstellung dann mit berechnet werden. Ausschluß der Wohlfahrtskommission: J. A. Max Leesch. (Redaktion: Das Manuskript war wieder auf 2 Seiten beschriebener.)

Auswahl. Am 18. November fand eine außerordentliche Versammlung statt, zu der auch die Arbeitgeber geladen und erschienen waren. Gausleiter Kollege Schenke wies einleitend auf die wirtschaftliche Bedeutung der tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse für beide Vertragsparteien hin. Auf die Einrichtung der Wohlfahrtskarte übergehend erinnerte er an die historische Entwicklung der Karte und ihrer Zweckbestimmung. Nach den überzeugenden Ausführungen erklärten sich die Arbeitgeber dann auch bereit, diese tarifliche Einrichtung ebenfalls genau zu beachten. Kollege Schenke erörterte dann noch die Notwendigkeit der technisch einwandfreien Arbeit. Auf dem Wege zum Versammlungsort hätte er in dieser Beziehung manche Mängel feststellen können die im Interesse des Gewerbes in Zukunft unbedingt ausgegremt werden müssen. Diese Ausführungen fanden einstimmige Anerkennung. Mit einem kernigen Schlusswort wurde darauf die beschriebene Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Steinarbeiter.

Vom Westermald. (D.D.M.) Umringt von den Silberbändern der Sieg, Heller, Dill, Bahn und dem Rhein, liegt der Westermald, als allmächtig aufstehendes Schieferbergland, das ehemals riesige Lavamassen durchbrach, um sich als Basaltgestein darüber zu lagern. Und diese einstigen feurigen Lavabergspitzen sind zum Teil die heutigen schwarz-violetten Basaltsteinbrüche. Die Steinbrüche des Westermaldes sind zum Teil jüngeren Datums. Die am wirtschaftlichen Horizont entschwindende Pfasterstein-Hochkonjunktur ließ Steinbrüche wie Pilze aus der Erde schießen. Die Abkloppung wird zum Teil von den alten Unternehmungen mit „Kuh“ noch verstärkt, um die kleinen, die neuen Unternehmer abzuwürgen und zugleich einen Einwand zu haben, die Löhne der noch beschäftigten Arbeiter herabzudrücken. So wird schon mit dem ausgefüllten Raffinement eines Unternehmerriffs angefangen. Besonders wird aus dem ausgemergelten Affordarbeiter das Letzte an Leistung herausgepreßt. Wir Steinarbeiter des Westermaldes müssen uns wohl auch von den jetzigen schwarzen Tagen eine große Schuld selbst zu legen. Besonders die vielen unorganisierten Steinarbeiter, die bis jetzt von dem eingetragenen Honig der organisierten Kollegen zehrten, sollten aus diesen grauen Tagen etwas lernen: Geschlossenheit ist Macht und Macht führt unumwunden zum Sieg. Auch eine Mahnung an unsere Pfälzer Kollegen: Liebt Solidarität! Kommt ihr zu uns in den Westermald, so besucht zuerst die Zahlstellenvorstände, und vor allen Dingen schreibt ihnen an Hand des Adressenverzeichnis vor eurer Abreise von dort, damit sie auch Aufführung geben über die Verhältnisse in Westermald. Findet ihr Arbeit im Westermald, so vergeht nicht den Weg zum Verbandskassierer. Treibt auch in der Zeit eures Aufenthalts hier keinen Raubbau am eignen Körper, indem ihr von morgens früh bis in die Nacht hinein bei Karbidlampen morst. Dem Unternehmer wird mit dem Gewaltkloppern nur Stoff zum Herabdrücken der Löhne gegeben. Nun noch ein Mahnung an unsere engeren Kollegen im Westermald: Die grauen Tage, die uns die Unternehmer schon drei Winter hintereinander auferlegen, lehren uns krasse Geschlossenheit, eiserne Disziplin, messerscharfe Kontrolle in den Betrieben, um den Unorganisierten den Weg zu weisen, den wir in der Geschlossenheit brauchen, um unsre gerechte Sache zu fördern und um die Kollegen vor infamer Ausbeutung zu bewahren. Eins lege ich den Kollegen noch ans Herz: mit aller Energie und Opferwilligkeit dafür zu sorgen, daß in untrer engeren Korporation unser Bezirkssekretariat die Arbeiten müheloser, schneller und demnach intensiver geleistet werden können. Es wird von Seiten der Kollegen immer geflagt über zu wenig Besuch des Bezirksleiters, ohne dabei zu bedenken, daß der Betreffende auch nur menschliche Arbeit zu leisten vermag. Seine ganze Kraft wird heute als Vertreter vor Gericht in Anspruch genommen. Es wird uns nichts anderes übrig bleiben, als den Bezirk zu modernisieren, das heißt, dem Bezirksleiter einen Kraftwagen zur Verfügung zu stellen. Es würde ihm dadurch ermöglicht, täglich mehrere Betriebe zu besuchen, die Gerichtsverhandlungen zu übernehmen und es würde ihm mit einer Hilfskraft gelingen, auch noch sämtliche schriftlichen Arbeiten pünktlich zu erledigen. Das langweilige Bahnfahren und das Uebernachten würde wegfallen. Segen wir

alle Hebel an, zum Wollen und Vollbringen, zum Guten und zur besseren Hebung unsres Bezirks, dann wird sich das Gute bald hinaufwenden zu unserm prächtigen Gewerkschaftsstempel, aus dem alle Sorgen verbannt sein müssen.

Magen. Der von der Luther-Regierung geplante „Preisabbau“ ist den Steinunternehmern des Magener Basaltlavagebietes in Fleisch und Blut übergegangen. Sie sind zu der Erkenntnis gekommen, daß eine Verbilligung der Produktion nur durch eine Herabsetzung der Löhne bewerkstelligt werden kann und fordern einen Lohnabbau von 5 Prozent ab 7. November, so daß der Lohn für Steinmehlen anstatt 73 nur 69 Pfg. und für Steinbruch- und Schottermehlarbeiter anstatt 56 nur 53 Pfg. pro Stunde betragen würde. Der Lohnabbau soll unter allen Umständen durchgeführt werden und ist hierzu den Unternehmern jedes Mittel gut. Wenn der Syndikus liebt, weshalb sollen dann die Unternehmer hassen? Haben doch die Preise für Natursteinprodukte eine derartige Höhe erreicht und war die Konjunktur in den vergangenen 10 Monaten eine derartig gute, daß die Unternehmer es einige Monate aushalten können. Die Steinarbeiter wurden von einem großen Prozentsatz der Unternehmer zur Ueberfretung des Achtstundentages angehalten; ein Teil hat auch 10, 12 und noch mehr Stunden täglich gearbeitet. Hierdurch war den Unternehmern das beste Mittel zur Verbilligung der Löhne in die Hand gegeben. Nun sollen diese gebrühten Löhne noch reduziert werden. Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen werden vorgenommen und kann man zur Stunde mit 1400 arbeitslosen Steinarbeitern im Bezirk rechnen, eine allerding's böse Folge der Ueberarbeit. Sätten alle nur 8 Stunden gearbeitet, dann wäre mindestens noch 10 bis 12 Wochen vollakt zu tun. Hoffentlich lernen die Steinarbeiter durch diese böse Erfahrung. Aber auch die anderen Ursachen der Entlassungen sind der Beleuchtung wert. Ist es wirklich nur Arbeits- und Geldmangel? Nein, es spielt sich ein Kampf zwischen Verkäufer und Käufer ab, der auf Kosten der Steinarbeiter, die so schon mit ihren Familien ein Hungerleben führen, ausgeht werden soll. Am Arbeitslohn soll gekürzt werden, aber müte nur keiner den Unternehmern zu, von ihrem eigenen Einkommen etwas abzulassen. Sie verstehen unter Preisabbau lediglich Lohnabbau, das ist ihr Rezept, welches immer wieder den Steinarbeitern zur Behebung der aufstrebenden Schwierigkeiten in der Basaltlavaindustrie empfohlen wird. Schöbste Arbeitsleistung und niedrigen Lohn. Immer wieder reden die Unternehmer von einer Gefährdung der so viel gepriesenen Preisentkennung, die doch nur deshalb der großen bedrückten Masse keine Erleichterung gebracht hat und bringen konnte, weil Industrie, Handel und Gewerbe von ihrer Gewinnquote nichts ablassen wollen. Ist es da verwunderlich, wenn die öffentlichen Auftragsgeber mit ihren Bestellungen auch für Natursteinprodukte zurückhalten? Größerer Bedarf ist zweifellos vorhanden! Eine Gegenüberstellung der Preise und Löhne beweisen, daß viel eher ein Preisabbau anstatt Lohnabbau getragen werden kann. Dabei soll dieser 5prozentige Lohnabbau nur ein vorläufiger sein und wurde uns in der am 13. November stattgefundenen Verhandlung ergeben mitgeteilt, daß von den Unternehmern ein 20prozentiger Abbau gefordert ist. Wir glauben, daß diese Abbauanträge von dem oder den Vertretern des Industrieverbandes ausgehen. Die Magener Unternehmer versuchen nun die Schuld an dem Druck der Landeszentralbehörden abzuwälzen und reden von falscher Lohnpolitik der Unternehmer anderer Gebiete. Jetzt man jedoch zwischen den Betriebs-einrichtungen dieser Steingebiete und dem des Magener einen Vergleich, so ist festzustellen, daß die Betriebs-einrichtungen des Magener Gebietes gegen jene technisch alles zu wünschen übrig lassen. Technische Betriebsverbesserungen sind hier unbedingt notwendig. Doch dazu sind die Unternehmer nicht zusammenzubringen, wenn nicht höhere Gewalt die Initiative ergreift. Wir denken hierbei an Maßnahmen der Regierung und einflussreicher Personen. Jedenfalls können so wie bisher die Dinge nicht weiterverlaufen. Auch die Beiträge zur Knappschaftsversicherungskasse, wagen wir zu behaupten, sind mit Schuld daran, daß zum großen Teil die Betriebe stillgelegt sind und in den nächsten Tagen und Wochen, ohne die Notlage der Steinarbeiter mit ihren Familien zu beachten, weitere Stilllegungen im großen Ausmaß erfolgen werden. Einmal war die Gelegenheit günstig, aus der Knappschaftlichen Versicherung auszuscheiden. Diese Gelegenheit hat man nicht wahrgenommen, sondern die Grubenbesitzer haben einen Teil der Arbeiter zur Stimmabgabe für die Knappschaft bewegt. Dafür ist letzteren nun gnädigst gestattet, diese Doktor-Henbari-Kuren durchmachen zu dürfen. Na, lassen wir es einmal als verpackte Gelegenheit gelten. Wir hoffen jedoch, daß auch hieraus die Steinarbeiterchaft ihre Lehren zieht und sich später für das Gegenteil, was die Unternehmer wollen, einsetzt, dann trifft sie in solchen Fällen stets das Richtige. Die allgemeine Auffassung, daß der Magener Steinindustrie die führenden Köpfe fehlen, ist nicht nur in Arbeiterkreisen vorhanden, sondern sie geht bis in einflussreiche und sachverständige Kreise hinein. Die Arbeiter haben darunter am meisten zu leiden. Durch Lohnabbau und verlängerte Arbeitszeit soll die rückwärtige Betriebs-einrichtung beibehalten werden. Die Hebung und Verbilligung der Produktion läßt sich aber nicht durch Herabsetzung der Löhne, verlängerte Arbeitszeit und Herabsetzung der sozialen Leistungen erreichen. Hier können nur technische Verbesserungen die Produktion heben und die Kosten herabdrücken. Die Magener Unternehmer sehen das nicht ein. Andere Kreise müssen sich finden, die den notwendigen Druck ausüben. Die Konkurrenzfähigkeit kann bei dieser rückwärtigen Betriebs-einrichtung mit anderen Steingebieten, die technisch fortgeschrittene Betriebs-einrichtungen haben, nicht standhalten. Es geht einfach nicht an, daß infolge der geschäftlichen Ungenauigkeit der Steingrubenbesitzer immer wieder hunderte, ja tausende Arbeiter zu gegebener Zeit brotlos gemacht werden. Ebensovienig wird sich die Arbeiterchaft auf Grund dieser Zustände eine Herabsetzung der Löhne gefallen lassen, auch wenn vom Industrieverband noch rigorosere vorgegangen wird. Der Industrieverband befiehlt: es darf keine Lagerarbeit angefertigt werden; er befiehlt und die Arbeiter werden entlassen. So kam auch die an dieser Stelle schon besprochene „moderne“ Unternehmer-Vereinbarung zustande. In diesem Vertrag heißt es, „die sich bei der Ausführung bestellter Arbeiten ergebenden Rohstoffe bzw. Abfälle dürfen zu Lagerarbeiten angefertigt werden.“ Ob mit dieser Klausel diese moderne Vereinbarung einen sanfteren Anstrich bekommen soll? Wir können dazu nur feststellen, daß die Verarbeitung derartiger Rohstoffe für die Unternehmer zwingend ist, da in den 216 Betrieben jeder nach seiner Art auf beschränktem Raum wirtschaftet und nicht den Platz zur Verfügung hat, Rohmaterial in kleineren, geschweige denn in größeren Mengen zu lagern. Auch diesem könnte leicht abgeholfen werden. Wie? Das wissen die Unternehmer zur Genüge. Doch wird ihre partikularistische Einstellung sie hiervon so lange zurückhalten, bis die Not sie dazu zwingt! Die Haltung schädigt nicht nur die Arbeiterchaft, sondern auch die Gemeinden und somit die Allgemeinheit. Auch Vorrichtungenarbeiten und die Gewinnung von Rohmaterial sind nach dem Vertrag ebenfalls gestattet. Es klingt dies eigentümlich, weil die Unternehmer sogar in der bekannten sehr günstigen Zeit nicht an Abraum und Vorrichtungenarbeiten in ihren Betrieben gedacht haben. An diese Arbeiten geht man nur heran, wenn die unbedingte Notwendigkeit hierzu vorliegt. Man scheut hierfür Ausgaben zu machen und hat nur Antriebe für Arbeiten, die direkten Gewinn einbringen. Daher auch die Tatsache, daß 60 bis 70 Prozent der Betriebe nicht den bergpolizeilichen Vorschriften über Einrichtung entsprechen.

Eine Befestigung aller dieser Uebel soll nach Ansicht der Unternehmer nur durch niedrigen Lohn und lange Arbeitszeit bewerkstelligt werden können. Die Steinarbeiter lehnen ganz entschieden solche Verfahren ab. Sie sind der Ansicht, daß die Löhne und Preise nicht nach den Gestehungskosten der unrentablen, technisch rückwärtigsten Betriebe festgesetzt werden dürfen. Es ist Zeit, daß die Richtungs-Wirtschaftspolitik der Magener Steinunternehmer perspektiviert. Helfen kann nur eine wirkliche Wirtschaftspolitik und eine technisch bessere Produktionsmethode. Wer bei diesem Umwandlungsprozeß, ohne schwärmen zu können, vom Strome erfaßt wird, darf nicht auf Kosten der Arbeiterchaft vom Ertrinken geteilt werden.

Blö. Am 31. Oktober fand hier eine Versammlung statt, zu der Kollege Winder vom Zentralvorstand erschienen war. Die Tagesordnung lautete: Die Lage in der Steinindustrie und die Aufgaben des Verbandes. Der Eintritt in die Tagesordnung verlas der

Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung. Kollege Windler gab einen weitgehenden Überblick über die Lage in der Steinindustrie und betonte zugleich die Abhängigkeit des Unternehmers bei Rückbildung der Reichsarbeitsverträge. Aufgabe des Verbandes ist nicht nur, Verschlechterungen der Reichsarbeitsverträge abzuwehren, sondern Tarife zu schaffen, die den Steinarbeitern ein menschenwürdiges Dasein sichern. Der Referent wies am Schluß seiner Darlegungen auf die Extrasteuer hin, auf ihre Notwendigkeit, um dem Ansturm gewachsen zu sein. Hieraus legte eine rege Debatte ein, an der sich mehrere Kollegen beteiligten. Im Interesse der Flöhenbürger Kollegen, die mit dem letzten Postauto fahren mußten, wurde die Aussprache abgebrochen. Der Vorsitzende dankte dem Vortragenden für seine belehrenden Ausführungen und richtete einen auferlegenden Appell an die Versammelten, für besseren Versammlungsbesuch zu sorgen. Um 11 Uhr fand damit die nicht gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Windisch-Eschenbach. Am 2. November 1925 hielt die Zahlstelle in Röhdenbach bei Reuth eine Agitationsversammlung ab, in der Gauleiter Kollege Christian Schmidt aus Wunsiedel und außerdem 20 Kollegen von der Zahlstelle Friedensfels anwesend waren. Nach kurzer Einleitung und Begrüßung der zahlreich erschienenen Kollegen durch den Vorsitzenden Kollegen Zimmerer, sprach Kollege Schmidt über Gewerkschaftliches und schloßerte in überzeugenden Worten den Zweck der Organisation. Seine Ausführungen wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Es meldeten sich 14 Kollegen zur Neuaufnahme und 6 zum Uebertritt. Zu Punkt 3 wurde nach lebhafter Debatte von der Gründung einer Zahlstelle „Röhdenbach“ Abstand genommen; es erfolgte Anschluß an die Zahlstelle Windisch-Eschenbach. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit dem Appell an die Kollegen, fest und treu zum Verband zu halten die gut verkaufene Versammlung.

Rundschau.

Aus Sachsen. Der demokratische Finanzminister Sachsens, Dr. Reinhold, wird von den Deutschnationalen sehr gehaßt; auch die nachstehende Anfrage dieser Partei ist ein Ausfluß dessen: „Im Mai d. J. hat das Finanzministerium, abweichend von dem üblichen Wege der öffentlichen Ausschreibung, große Aufträge von Kleinpflaster an wenige Großfirmen langfristige in Auftrag gegeben zu Preisen, die weit über dem Tagespreis lagen. Der Staat ist durch diese ungewöhnliche Vergabe um große Summen geschädigt worden. Außerdem sehen sich zahlreiche bodenständige Kleinbetriebe durch Mangel an Winteraufträgen vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Betriebe zu schließen. Will die Regierung diese großen Verluste auf Steuererträge rechtfertigen? Was gedenkt sie zu tun, um Arbeitslosigkeit in den kleinen Betrieben der Hartsteinindustrie zu verhindern?“

Man wird zunächst die Erklärung der sächsischen Regierung abwarten müssen; wenn es sich lohnt, kommen wir auf die Angelegenheit, die auch die Steinarbeiter bis zu einem Grade angeht, zurück. **Von den Berufsgefahren.** Einem Steinbrecher war die Zündschnur lunte, die er zum Anzünden von Sprengschüssen benutzte, erlösen. Unbedacht der Gefahr, die ihm von einigen Schüssen mit bereits brennender Zündschnur drohte, begab er sich mit seinem Mitarbeiter daran, die Lunte wieder in Brand zu setzen. Ueberdem kam einer der schon vorher gezündeten Schüsse. Der Steinbrecher erlitt Kopfverletzungen, wobei ihm Knochen splitter und Teile der Sprengkapsel ins Gehirn drangen und nach einiger Zeit seinen Tod herbeiführten. Der Mitarbeiter blieb unbeschädigt.

Ein Schießmeister schied in einem unterirdischen Betrieb einen Gehilfen nach einer Wartezeit von nur einer Viertelstunde zu einem Verlager, um die Ursache des Ausschleibens des Schusses zu ergründen. Der Schuß kam aber bei der Annäherung des Gehilfen, und dieser verlor das Augenlicht und trug außerdem noch ausgebreitete Brandwunden und Quetschungen davon.

In einem Hohlbau eines Schieferbruchs wurden zehn Schüsse zum Abzug fertig gemacht. Die Löcher waren je 1 Meter tief, und die Schnüre ragten aus jedem Loch 60 bis 70 Zentimeter heraus. Rechnet man die Höhe der Sprengladung ab, so betrug jede Schnurlänge höchstens 1,20 Meter. Da das Zünden der Schüsse mindestens 2 Minuten in Anspruch nimmt, so mußten die Zündschnüre verschieden lang bemessen sein. Der Abstieg bis zur Straße der Dedung dauerte durch das Herabklettern an der Kette auch länger als auf gewöhnlichem Wege. Der Verletzte war nun bis zur ersten Schutthöhe gelangt und wollte sich von der Kette befreien, die sich aber verwickelt hatte. Hierdurch wurde er an der Flucht verhindert und der erste Schuß, der sich entzündete, traf den Verletzten und schleuderte ihn zu Boden. Inzwischen kamen die übrigen Schüsse zur Explosion und der Verletzte wurde weiter von den Sprengkräften getroffen, so daß der Tod sofort eintrat. Seine Verletzung bestand in der Zertrümmerung der Brustwirbelsäule. Als Ursache des Unfalles ist der Verstoß gegen § 121 Absatz 1 der Unfallverhütungsvorschriften anzusehen, denn die Schnüre waren für die Anzahl der Schüsse zu kurz.

Ein weiterer Schießunfall passierte in einem großen Porphyrschieferbruch ebenfalls dadurch, daß ein Arbeiter durch ein von einem explodierenden Sprengschuß fortgeschleudertes Sprengstück getroffen und verletzt wurde. Dieser Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Verletzte, wie auch andere Arbeiter und sogar der Bruchmeister in diesem Betriebe, eine vollständig falsche Vorstellung von der Brennweite der Zündschnur hatten. Sie waren der Meinung, daß die Zündschnuren bei einer Länge von 1,20 bis 1,40 Meter, wie sie im Bruch zur Verwendung kommen, 5 bis 7 Minuten Brennweite besitzen. Das ist natürlich irrig, denn eine solche Schnur brennt im Durchschnitt nur 2 bis 3 Minuten. Die Entfernung von der Bruchmitte bis zur Dedung beträgt knapp 2 Minuten. Die Arbeiter und der Schießmeister wurden entsprechend befehrt und letzterem namentlich aufgegeben, daß er das zweite Signal (zum Anzünden der Schüsse) erst dann blasen dürfe, wenn sich sämtliche Leute aus dem Bruch entfernt haben.

Steigende Konkursziffern. Im Oktober ist die Zahl der Konkurse gewaltig gestiegen. Mit 1139 Konkursen marschiert der Oktober an der Spitze der Nachkriegsmonate und übersteigt auch noch die Zahl der Konkursfälle, wie sie durchschnittlich pro Monat 1000 betrug. Die Wirtschaft scheint also einer verstärkten Reinigung entgegenzugehen. Im einzelnen nahm die Konkursziffer in den letzten Monaten folgende Entwicklung:

Im Jahre 1925 betrug die Zahl der Konkurse im Januar 796, im April 687; im Juli 797; im August 718; im September 887; im Oktober 1139.

So hoch diese Ziffer im Oktober auch anmutet, sie ist es keineswegs, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse in Betracht zieht. Eine Ueberzeugung des Produktions- und Handelsapparates, die bei den Aktiengesellschaften und den Gesellschaften m. b. H. gegenüber der Vorkriegszeit das Dreifache ausmacht, erfordert noch ganz andere Konkursziffern, wenn der Produktionsapparat von allen faulen Gliedern befreit werden soll.

Blaublütiger Größenwahn. Vor dem Potsdamer Schwurgericht ging ein sensationeller Prozeß seinem Ende entgegen. Dort sah eine Gräfin von Bothmer auf der Anklagebank unter der Beschuldigung, Diebstahle ganz dreister Art mehrfach ausgeübt zu haben. Diese Dame fuhr täglich im Auto vor und erschien in großer Toilette. Ueber ihr Leben befragt, erklärte sie, daß es für Leute ihres Standes unmöglich sei, von dem Gehalt eines Regierungsrates in Höhe von 630 Mk. pro Monat leben zu können. Als der Ehegatte dieser Madonna als Zeuge erschien, erklärte er im Brustton der Ueberzeugung: „Es ist ein großer Unterschied zu machen zwischen einer Dame unseres Standes und einer anderen.“ Allerdings der Unterschied tritt schon in der äußeren Aufmachung des Gerichtes in Erscheinung. Das arme Volk wird in der „Grünen Minna“ zur Verhandlung gefahren, während eine des Diebstahls angeklagte Gräfin im eleganten Auto vorfährt. Aber sonst bleibt Diebstahl Diebstahl, damit muß sich auch der blaublütige Herr Graf abfinden.

Staatsubventionen für notleidende Industrien. Die öffentlichen Kassen des Reiches und der Länder treten in letzter Zeit als Stütze von in Schwierigkeiten geratene Industrieunternehmen auf. Beim Stinneskonzern fand eine indirekte Unterstützung statt, indem die Reichsbank die Beträge stundete und die Seehandlung dem Stützkonkorsium billige Kredite verschaffte. Beim Stummkonzern mußte der preussische Staat ebenfalls einspringen, wofür er das Vorkaufsrecht einiger Zechenbetriebe bekam. In Oberschlesien sind öffentliche Gelder in der dortigen Schwerindustrie im großen Ausmaß untergebracht. Nunmehr wird bekannt, daß in Not geratene Industrieunternehmen der besetzten Gebiete Reichsunterstützungen erhalten sollen. Damit wird ein Weg beschritten, der allerhand Konsequenzen in sich birgt. Es ist an die Tatsache zu erinnern, daß der Apparat der deutschen Wirtschaft überjezt ist, daß die Krise eine Reinigung in allen Teilen der Wirtschaft noch nicht gebracht hat. Durch künstliche Mittel, wie das der Geschäftsaufsicht, sind ungesunde Unternehmungen, über Gebühr an Leben erhalten worden. Nun kommt ein neues Moment, wonach Mittel der Allgemeinheit zur Stützung von notleidenden Industrien verwendet werden sollen. Aus allgemeinen Gründen muß gegen dieses Beginnen Verwahrung eingelegt werden. Und wenn nun noch das Argument zur Begründung herangezogen wird, daß man die Industrie vor Ueberfremdung schützen müsse, so ist dem entgegenzuhalten, daß das Einströmen fremden Kapitals in die deutsche Wirtschaft in gewissem Rahmen nur begrüßt werden kann. Dem Ruhrstandal unseitigen Angebentens soll wahrscheinlich ein neuer folgen. Der Ruhrindustrie gab man seinerzeit mit vollen Händen. Es ist keine Gewähr geboten, daß auch dieses mal ganz ungerechtfertigterweise verfahren wird. Die Arbeiterschaft ist gegen Staatsubventionen notleidender Industrien, sofern damit nicht dringende volkswirtschaftliche Gründe vorhanden sind. Noch immer machen wir die Erfahrung, daß es schwer hielt, Unterstützungen für die Arbeiterschaft zu erreichen, obwohl diese nicht minder notleidend zu nennen ist. Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein.

Gefängnisstrafen für Vergehen gegen das Kartellgesetz. Um es vorweg zu sagen, nicht in Deutschland sollen Kartellkinder ins Gefängnis kommen, sondern in der Tschechoslowakei. Dort wird von der Regierung ein Kartellgesetzentwurf vorgelegt, wodurch die Regierung weitgehende Befugnisse erhalten soll. So erlangt ein Kartellvertrag nur dann Geltung, wenn er vorher schriftlich niedergelegt und dem Handelsministerium unterbreitet wurde. Der Handelsminister ist zur sofortigen Auflösung der Kartelle berechtigt und ferner hat er das Recht, deren Bücher, Korrespondenzen und Lageräume einer Durchsicht zu unterziehen. Für Vergehen gegen das Kartellgesetz sind neben Geldstrafen auch Freiheitsstrafen vorgesehen. In der Tschechoslowakei faßt man also das Problem ganz anders an als bei uns. Hier wurde die bekannte Verordnung vom 2. November 1923, die an sich viel milder ist, von der Regierung kaum in Anwendung gebracht.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Jauer wurde der Steinfektpolier Emil Jung wegen Streikbruch aus dem Verbands ausgeschlossen. Folgende Zahlstellen haben bis zum 24. November die Abrechnung vom 3. Quartal immer noch nicht eingekandt:

1. Gau: N.-D. Brandenburg, Elbing, Joachimsthal, Marienburg.
2. „ N.-W. Fürstensee, Tschöe, Wulsdorf, Börden.
3. „ Beerwaldermühle.
4. „ Einbeck, Gleichamberg, Gotha, Schöningen, Wälfersbütt, Freiburg a. U.
5. „ Barmen, Bonn, Bünde, Elberfeld, Gladbeck, Hunswinkel, Rhendt, Singitz, Westhofen.
6. „ Bingerl, Contwig, Freudenstein, Ochsburg, Siedelsbrunn, Untergimpfern, Pforzheim.
7. „ Nisch, Miltach.
8. „ Niklashausen, Rauenberg.
9. „ Bobenhäusen, Driedorf, Enspel, Eschbach, Dellingen, Sprendlingen, Willmar, Weitefeld, Werenberg, Hochstetten, Alendorfer/Oberlahnreits, Eckarditzsch, Udenhain, Hohenzell.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Gaubezirk IV. (Gruppe Straßenbau in Mitteldeutschland.) Die Anträge auf Auszahlung der Unterzählungsgelder der Wohlfahrts-einrichtungen müssen bis spätestens den 6. Dezember 1925 an nachstehende Adressen eingereicht werden:

- Unterbezirk Braunschweig: Syndikus Dr. Gaede, Braunschweig, Wiesenstraße 13.
- „ Hannover: Steinfekmeister Georg Berneberg, Hannover-Linden, Beethonstraße 7.
- „ Magdeburg: Steinfekmeister August Arndt, Magdeburg, Lübecker Straße 30.
- „ Anhalt: Steinfek Paul Höhne, Dessau (Anh.), Amalienstraße 59.
- „ Halberstadt: Steinfekmeister Josef Darius, Oschersleben a. Bode.
- „ Merseburg: Steinfek Wilhelm Krähnert, Halle a. S., Zwingstraße 25, Hof.
- „ Gera: Steinfek Paul Fiedler, Liebisch (Ester), Spinnereianbau 3.
- „ Thüringen: Steinfekmeister Wilh. Beder, Mühlhausen (Thür.).
- „ Cassel: Konrad Reis, Cassel, Spohrstraße 6, Steinarbeiter-Bureau.

Die Zahlstellen müssen die Anträge der Kollegen gesammelt und mit den notwendigen Unterlagen versehen, bis zu dem oben angegebenen Termin einleiten und im übrigen darauf verweisen, daß später eingehende Anträge nicht mehr berücksichtigt werden können. Auch solche Anträge, denen weniger als 1400 Arbeitsstunden zugrunde liegen, werden mit eingereicht. Die Auszahlung der Gelder wird in der Zeit ab Mitte Dezember stattfinden, und ist bei Einlegung der Anträge gleich mit zu bemerken, an welche Adresse die Gelder geschickt werden sollen. Arbeitnehmer, die in mehreren Bezirken gearbeitet, sollen ihre Anträge nebst den dazugehörigen Belegen möglichst umgehend einleiten, damit die Umschreibung der bezüglichen Gelder rechtzeitig geregelt werden kann.

Gau II. (Pieguitz.) Für den durch Feuer sehr geschädigten Kollegen Tharaber-Strehlen gingen nachfolgende Beträge ein: Löwenberg 10 Mk., Goldberg, Hohengrimm 23,90 Mk., Taschenhof 22,80 Mk., Bilgramsdorf 28,10 Mk., Langenöls 25 Mk., Naasdorf 20 Mk., Breslau 10 Mk., Görlitz 20 Mk., Niederlinda 42,50 Mk., Striegau 100 Mk., Haslitz 75 Mk., Königshain 76,65 Mk., Arnsdorf, O.-L., 70,50 Mk., Wiersdorf 30 Mk., Strehlen, Niklashausen, Gortau 282,45 Mk., Gau 100 Mk., in Summa 936,90 Mk.

Im Namen unseres alten bald vierzig Jahre zum Verband gehörenden Mitgliedes Tharaber sage ich allen Gebem Dank.

Die Gauleitung. J. A.: Senft.

Peterzell. 10 Mk. Belohnung dem, der mir die Adresse von Sebastian W inner, Schmied, mitteilt.

Otto Kastberger, Kassierer, Münchweiler, Hs. Nr. 107, bei Billingen im Schwarzwald.

Adressenänderungen.

1. Gau: N.-D. Rührin. Vorj. u. Kass.: Gustav Kurbel, Plantagenstraße 60. — Stargard i. P. Vorj. u. Kass.: Wilh. Lubitz, Seefeld bei Stargard.
2. „ N.-W. Wesermünde-Bremerhaven (früher Wulsdorf). Vorj. u. Kass.: H. Geidel in Wesermünde-Dehe, Poststraße 48, II.
4. Gau: Gleichamberg. Vorj.: Robert Rühmann. — Wolfenbüttel. Vorj.: Karl Schrader, Juliusstraße 20.
6. Gau: Peterzell. Kass.: Otto Kastberger, Münchweiler Hs. 107 bei Billingen im Schwarzwald. — Reinheim. Vorj. u. Kass.: Joh. Rothenberger, Uebertau bei Reinheim, Hochstraße 5. — Kappelrodek. Vorj.: Max Höller. Kass.: Otto Schöninger.
7. Gau: Paimten. Vorj. u. Kass.: Josef Franz, Nr. 144.
9. Gau: Lauterbach. Kass.: Karl Müller, Langgasse 21.

Briefkasten.

r. Dd. Habe den Schriftst. nochmals eingehend durchgearbeitet. Eignet sich nicht zum Abdruck, hat keinen Endzweck für die Leser und darauf kommt es in der Hauptsache an. Als Tagebuch Aufzeichnung für persönlichen Gebrauch sicherlich besser.

Koppel. Kreuzbänder liefern wir nicht, die sind dort ebenso billig zu kaufen wie hier.

W. Ja, im Januar kommenden Jahres wird damit angefangen. Hoffentlich wird die Einrichtung dann entsprechend gewürdigt.

Sorge. Wenn der Vortrag gefallen hat, macht es mir auch Freude. Ob ich zu weiteren zugezogen werde? kann von mir nicht beantwortet werden! Das weitere eignet sich zur Beantwortung an dieser Stelle nicht!

Bielefeld. Solche Inserate finden keine Aufnahme. In der örtlichen Zeitung haben sie schließlich Bedeutung.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Kalk-Zeichenbuch 1926. 4. Jahrgang. Preis einschl. Porto 1 Mk. Das (eben im Kalk-Verlag im 4. Jahrgange erschienene) Kalk-Zeichenbuch 1926 bringt in bewährter Anordnung eine Anzahl Aufträge aus den hauptsächlichsten Anwendungsgebieten des Kalkes. Der vielseitige Inhalt, die gediegene Ausstattung und der billige Preis des Kalenders empfehlen ihn von selbst. Er kann jedem Baufachmann, ebenso jedem Landwirt zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (2. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), abgehalten in Breslau vom 31. August bis 4. September 1925, 344 Seiten, 1925, Berlin, Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis gebunden in Ganzleinen 6,80 Mk., broschiert 5,30 Mk.

Das Protokoll enthält neben den stenographisch aufgenommenen Verhandlungen ein Verzeichnis der Kongreßteilnehmer sowie alle dem Kongreß vorgelegten Anträge und Entschlüsse. Den Breslauer Verhandlungen kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Der Kongreß war nicht nur berufen, über die in den letzten drei Jahren so oft angefeindete taktische Linie zu urteilen, er hatte sich eingehend mit der Wirtschaftslage zu befassen und die Wege zu suchen, die eine gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiterschaft in allen Fragen der Wirtschaftsführung herbeizuführen geeignet sind. Daneben galt es, die Ansprüche der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft an die ins Stocken geratene sozialpolitische Gesetzgebung besonders zu betonen und eine verbindliche Entscheidung über den langjährigen Organisationsstreit zu treffen.

Das Ergebnis der Kongreßverhandlungen bildet die Richtschnur des weiteren gewerkschaftlichen Wirkens. Jedes Gewerkschaftsmitglied sollte sich deshalb mit den Verhandlungen des Kongresses vertraut machen.

Die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Zwei Vorträge von Professor Dr. Hermberg, Leipzig, und H. Jädel, Berlin, 68 Seiten, 1925, Berlin, Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis 1,20 Mark.

Der Zwölfte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der in der ersten Septemberwoche 1925 in Breslau tagte, behandelte neben anderen Tagesordnungspunkten besonders ausführlich auch die Stellung der Gewerkschaften zu den allgemeinen Wirtschaftsfragen. Die Verhandlungen hierüber wurden durch ein Referat über „Die deutsche Wirtschaft“ eingeleitet, das der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Hermberg (Leipzig) erstattete. Nach ihm sprach der Vorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes, H. Jädel (Berlin), über „Die Wirtschaftsdemokratie“. Beide Referate sind in der Broschüre nach der stenographischen Aufnahme wiedergegeben. Für besonders interessierte Leser ist auch ein Auszug aus der Debatte, die nach den Referaten auf dem Kongreß gepflogen wurde, beigelegt worden. Wer die Debatte in ihrem ganzen Umfang kennen möchte, sei hiermit auf das gedruckte Kongreßprotokoll verwiesen.

Die Schrift verfolgt in erster Linie den Zweck, den großen Kreis der Gewerkschaftsfunktionäre über diese wichtigen Kongreßverhandlungen zu unterrichten. Gleichzeitig gibt sie aber auch der weiteren Öffentlichkeit einen Einblick, wie einige der großen Fragen der Wirtschaft von den Gewerkschaften beurteilt werden. Denn natürlich konnte nur ein Teil des umfangreichen Fragenkomplexes behandelt werden, zumal der verfolgte Hauptzweck der Kongreßverhandlungen war, die Demokratisierung der Wirtschaft zu erzwingen.

Im letzten Abschnitt sind auch die Beschlüsse, die der Breslauer Kongreß in dieser Frage gefaßt hat, in vollem Wortlaut zu finden.

Das Märchen vom Preisabbau. Eine Aufklärungsschrift, herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. 24 Seiten. Berlin 1925. Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis 0,65 Mk.

Die lehrwerte kleine Schrift stellt in großen Zügen das verhängnisvolle „Wirtschaftsprogramm“ der Regierung dar, wobei besonders die unerträgliche Belastung berichtigungslos wird, die der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung (Arbeitern, Angestellten, Beamten, Rentnern, Invaliden, Kleinhand- und Gewerbe) aufgebürdet wird. Durch einflussvolles Zahlenmaterial, das aus den verschiedensten Denkschriften und Eingaben gesammelt und größtenteils noch nicht veröffentlicht ist, wird die Wirkung der Industrie- und Agrarpölle, der Aufwertung, der Steuern, der Mietssteigerungen veranschaulicht. Das „Abbauprogramm“ der Regierung wird kritisch beleuchtet und gezeigt, daß es an seiner „inneren Unwahrscheinlichkeit“ scheitern mußte. Die Schrift verfolgt den Lebensweg der Regierung, der in einer glatten Bankrotterklärung endete und hebt die — bisher noch zu wenig beachteten — Beschlüsse der großen Wirtschaftsverbände hervor, die eine glatte Abgabe an die Regierung bedeuten. Es scheint, heißt es in der Schrift, daß die politische Lebenskraft, die beim Abschluß der Zollrückgekehrgebung hoch aufschwankte, wirtschaftlicher Ueberlegung Platz zu machen beginnt. Schwerindustrie und Großagrarier bleiben als Sieger auf der Wahlstatt.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekandt werden:

- In **Hausenroth** am 11. Oktober der Granitsteinmetz Johann Maderer, 55 Jahre alt, Magenoperation.
- In **Dresden-Pirna** (Weiß) am 16. Oktober der Sandsteinmetz Paul Stöckel, 52 Jahre alt, Herzschlag, am 19. November der Sandsteinmetz Ernst Endler, 65 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In **Antkirschen** am 7. November der Hilfsarbeiter Georg Schwingenschlag, 35 Jahre alt, Lungentuberkulose.
- In **Großlungsdorf** am 8. November der Marmorsteinmetz Rudolf Kramer, 20 Jahre alt, Rückenmarkslähmung.
- In **Häslitz** am 10. November der Brecher Adolf Alex, 50 Jahre alt, Herzschwäche.
- In **Rebra** am 12. November der Sandsteinmetz Otto Schläp, 55 Jahre alt, Rheumatismus.
- In **Roß a. S.** am 12. November der Granitsteinmetz Michael Großer, 45 Jahre alt, Herzschlag.
- In **Striegau** am 13. November der Brecher Joseph Heppner, 42 Jahre alt, Hirnentzündung.
- In **Hodenau** am 13. November der Sandsteinmetz Wilhelm Stanke, 52 Jahre alt, Kehlkopfleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Windler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.